Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 314. Dinstag den 12. November 1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Frankfurt a. M., 9. November. Stimmung eine ruhigere. Nordbahn 37½. Wien 96¼.

Paris, 8. November. **In der Vertagungskommission machte der General Lamoriciere die Anzeige, daß die Gesellschaft des Dix Decembre mit einem Mordkomplott gegen den Kammerpräsidenten Dupin und den General Changarnier umgehe. Der Minister des Innern. Baroche, leugnet, daß ein solches Komplott bestehe und berichtet, daß ein Dekret Napoleons, betreffend die Auflösung der Dix Decembre-Gesellschaft dem Staatsrath vorliege. Auch die Auflösung einer bonapartistischen und einer legitimistischen Wohlthätigkeits-Gesellschaft wird erwartet.**

Einem umlaufenden Gerüchte nach billige Frankreich die Besetzung Kurhessens durch den Bundestag. (?)

3% 57, 65. 5% 92, 75.

London, 8. November. Consols 97¼.

Getreide flau. Gerste fest. Hafer etwas angenehmer. Kaffee, Zucker fest. Baumwolle träge.

Amsterdam, 8. November. Integrale 55¼. Spanische inländische Schuld 33⅛. 2½% Metalliques 39½. 5% Metalliques 73. 5% neue Metalliques 77½. Russische 4% Hope (1840) 87. Neue russische Anleihe 93¼.

Raps p. November 59. Roggen preishaltend.

Uebersicht.

Breslau, 11. November. Am 9ten fand die feierliche Beisetzung der Leiche des Grafen Brandenburg statt; Se. Majestät der König sowie die königlichen Prinzen nahmen an der ernsten Feierlichkeit Theil.

Bei dieser Begräbnißfeierlichkeit wurde der österreichische Gesandte, v. Prokesch, insultirt. Zwei Verhaftungen sind erfolgt.

Das preußische Kabinet ist noch immer unvollständig. Man will sicher wissen, daß Graf Bernstorff, der immer noch in Wien krank ist, das Ministerium des Auswärtigen nicht annehmen werde. Es werden mancherlei Vermuthungen über die Besetzung der einzelnen Ministerien aufgestellt.

Zwischen Hannover und Preußen soll ein Vertrag abgeschlossen sein, nach welchem die Staaten sich verpflichten, keinerlei Truppen-Züge Behufs einer Intervention in Holstein zu gestatten. Sonach wäre eine Exekution der Oesterreicher nicht möglich, wenn sie sich nicht gewaltsam den Weg bahnen wollen. Daß eine freundliche Annäherung zwischen Preußen und Hannover stattgefunden, beweist der Umstand, daß man in Hannover mit jedem Tage dem Eintreffen des preußischen Gesandten v. Schleinitz entgegensieht.

England hat dem französischen und russischen Kabinette angezeigt: daß es keine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten dulden werde. Sehr erfreulich, wenn die Nachricht sich bestätigt.

Es ist bereits gemeldet, daß von Wien neue Depeschen in Berlin angelangt sind. Da dieselben aber die alten anmaßenden Forderungen enthielten, obgleich in höflicherer Form, so sind sie nach abgehaltenem Ministerrathe zurückgewiesen worden.

Die Mobilmachung der preußischen Armee geht in der ganzen Monarchie mit größtem Eifer vorwärts. Ueberall zeigt sich die größte Freudigkeit bei den sich stellenden Mannschaften. „Wenn's nur vorwärts geht, so ruft man einstimmig, dann bringen wir gern die größten Opfer." Von vielen Seiten werden Beispiele von aufopferndem Patriotismas berichtet.

Das baierische und preußische Lager bei Fulda steht sich in voller feindlicher Stellung gegenüber. Die Sachen haben sich auf folgende Weise gestaltet. Am 6. November gelangte ein Schreiben des preuß. Generals v. d. Gröben an den bairischen Kommandirenden, worin gesagt wird, daß er jedem weiteren Vordringen der Baiern mit Gewalt entgegentreten werde. Der baierische General, Fürst Taxis, erklärte dagegen: er habe Ordre bis nach Kassel zu marschiren, und er werde Gewalt mit Gewalt vertreiben. Nun marschirten die Baiern bis Neuhof. (Der Leser möge hier, sowie bei dem Nachfolgenden die Karte zur Hand nehmen.) Hier trafen sie Preußen. Das Parlamentiren fing von Neuem an. Während dessen hatten aber die Baiern die umliegenden dominirenden Höhen des Rhöngebirges besetzt, so daß die Position Neuhof für die Preußen unhaltbar wurde, und sie zogen sich demgemäß mehr nach Fulda zurück. Hier im Süden nahmen sie eine sehr feste Stellung, stauten bei Bronzell, wo die äußersten preußischen Vorposten stehen, den Fluß (Fulda), so daß er das ganze Thal unter Wasser setzte, und erwarten so die Baiern. Die Stellung der preußischen Truppen war am 7. November folgende: Die Preußen (unter Gröben) halten das Fuldathal bis auf eine Viertelmeile südlich von der Stadt Fulda, nämlich bis zur Fuldabrücke bei dem Dorfe Kohlhaus, die Stadt Fulda, die gegen das Rhöngebirg ansteigenden Höhen bis Florenzberg und Melters, ferner Bronzell, Langenbiber, Bibrastein, Niederbiber, Wittges u. Langenberg einerseits, wie die gegen den Vogelsberg sich erhebenden Hügel andererseits, mit den Dörfern Ober- u. Niedergiesel, Kleinheiligenkreuz, Hainzell, Kleinlüder, Malges, Maberzell 2c., sodann den Peters- und Frauenberg, die Dörfer Horas, Kämerzell, Niesig 2c. besetzt. — Die Bundestruppen sind zum Theil in der Hauptrichtung von Neuhof bis zur Fulda konzentrirt, zum Theil haben sie die Abhänge des Rhöngebirges und die Ortschaften Bilgerzell, Ober- und Unter-Dirlos, Dippertshausen, Diedershausen und Eichenzell auf der Ostseite des Thales, wie auch mehrere Dörfer auf der Westseite desselben inne.

Der Kommandirende der bairisch-österreichischen Truppen Fürst Thurn und Taxis, hat einen Armeebefehl an seine Truppen erlassen. Die Proklamation ist eine große Lüge; sie sagt: „Für das große einige Deutschland werfen wir das Schwert in die Wagschale." Welch ungeheurer Hohn. Der Absolutismus und die Theilung und Zersplitterung Deutschlands ist ihre geheime Losung, während sie ihren Truppen offen ein Ziel zeigen, welches sie gerade umstürzen wollen. Es ist Zeit, daß Preußen das Banner der Wahrheit hoch entfalte, damit Deutschlands Völker klar die Lüge ihrer Feinde erkennen und sich einmüthig um Preußen schaaren!

Die österr. Truppen scheinen nun sowohl auf dem rechten als auf dem linken Flügel der baierischen Armee (unter Fürst Taxis) ihre Operationen zu beginnen. So steht ein österr. Korps von 30,000 Mann mit 80 Kanonen an der koburgschen Grenze. Die Vorhut desselben ist bereits bei Buch am Forst, 1½ Stunde von Koburg, angelangt. Unabhörlich wälzen sich Heeresmassen auf der Nürnberg-Lichtenfelser Eisenbahn gegen die sächs. mit Preußen uniirten Herzogthümer. **„Gegen die Preußen und die Preußenfreunde!"** ist das Losungswort der Oesterreicher. Die Koburger Gemeinden sind bereits zu Lieferungen von Proviant aufgefordert. Der Herzog ist schleunigst nach Berlin gereist. Dies auf dem rechten Flügel der Baiern.

Auf dem linken Flügel der Baiern (wir nehmen das baierische Korps in Kurhessen als Zentrum an) drängen sich nicht minder österreichische Heeresmassen gegen die Mainlinie. Gegen 40,000 Oesterreicher sollen zwischen Würzburg und Aschaffenburg über den Main dringen. Bei Seligenstadt (im Darmstädtischen) wird sich, mit Erlaubniß des Großherzogs, ein österreichisches Korps aufstellen. Bereits am 10. Nov. (also gestern) sollten daselbst 2 Inf.-Regimenter, 1 Kavallerie-Regiement mit 1 Batterie dort eintreffen. (Dazu kommt, daß nun auch der Großherzog von Hessen-Darmstadt offen auf Seiten des Bundestages tritt, und sein Kontingent mobil machen läßt.) — Die Nachhut zu dieser österreichischen Armee an der Mainlinie bilden 10,000 Mann Würtemberger.

Ein Beweis, daß Oesterreich und Baiern noch besondere Pläne gegen Preußen im Schilde führen, ist der Umstand, daß selbst zur Zeit, als die Nachricht von den friedlichen Beschlüssen der Berliner Ministerkonferenz vom 2. Novbr. in München ankam, die Rüstungen und die Truppenmärsche nicht eingestellt, sondern mit erneuetem Eifer fortgeführt wurden. Es wurden ununterbrochen auf den baierischen Eisenstraßen bis zum 7. Novbr. 25,000 Mann Infanterie und 4300 Mann Kavalerie, sämmtlich Oesterreicher, befördert.

Um die noch im Großherzogthum Baden befindlichen preußischen Truppen zu decken, wird ein preußisches Lager zwischen der Murg und dem Neckar gebildet werden.

Auch an unserer schlesischen Grenze wird es lebhaft. Von der Konzentrirung österreichischer Truppenmassen bei Trautenau, Arnau, Gitschin 2c. haben wir berichtet. Neuere Nachrichten melden nun, daß in Zuckmantel (3 Meilen von Neisse) österreichische Kürassiere eingerückt sind, und daß noch weiter südlich, in Oesterreichisch-Schlesien, bei Freiwalde, große Truppenmassen angesammelt werden.

In Kassel ist ein neuer preußischer Kommandant, Oberst-Lieutenant v. Steinmetz. Die Nachricht von der Mobilmachung des preußischen Heeres hat dort großen Jubel hervorgerufen. (Gleiche Freude hat sich an vielen andern Orten außerhalb Preußens, namentlich in Hamburg, gezeigt.)

Ehe der König von Württemberg gegen Preußen marschirt, wird er noch in seinem eigenen Lande zu thun bekommen. Der Konflikt zwischen der Regierung und der Volksvertretung ist ausgebrochen. Am 7. November versammelte sich zu Stuttgart der Ausschuß der aufgelösten Landesversammlung. Erst nach vielen Schwierigkeiten gelangte er in sein Sitzungszimmer. Hier wurde eine Adresse an den König beschlossen, worin gebeten werden soll: das verfassungsbrüchige Ministerium zu entlassen, und ein neues Kabinet zu bilden, welches den verletzten Rechtszustand wiederherstellt. Am 7. November ist eine königliche Ansprache an das Volk erschienen. Ernste Maßregeln gegen den Ausschuß sind zu erwarten. Das Militär war konsignirt. — Die Stimmung in Württemberg ist allgemein eine für Preußen günstige. Ein Württemberger schildert sie in der Elberfelder Zeitung treffend also: unser König hat ganz recht, wenn er in seinem Toaste (zu Bregenz) sagte: „Wenn der Kaiser befiehlt, so marschire **Ich!**" Das hieße so viel, der König marschire allein für seine Person, kein Württemberger würde gegen Preußen die Waffen ziehen, so lange es für den deutschen Bundesstaat stünde.

Breslau, 11. November.

Wir haben in den letzten Tagen es tief beklagt, daß Preußen mit einer entschiedenen Erklärung über das Ziel noch immer zurückhält, welches es mit dem Beschluß vom 6. November will und erstrebt. Die Mobilisirung des Heeres schreitet fort. Auf allen Straßen und Pfaden unsers Landes strömt die waffenfähige und waffenlustige Mannschaft zu ihren Sammelplätzen; schon werden überall die Fahnen entfaltet, welche unsere Heere so oft zum Siege geführt, und das Land weiß es auch jetzt noch nicht, wofür es denn sein Blut und Gut zu opfern bereit sein soll!

Die Blätter des Ministeriums haben für diese Frage, die in aller Munde ist, heute wie gestern vor allem nur eine Antwort. Sie predigen Vertrauen, unbedingtes Vertrauen zu dem Ministerium, das der „Ehre" Preußens sicher nichts vergeben, vielmehr diese „Ehre" rein halten und mit entschlossenem Geist und starker Hand gegen jedermänniglich bewahren werde.

Dieser Ruf nach „Vertrauen" ist weder im Munde der Deutschen Reform, noch im Munde ihres Beschützers neu. Wir haben ihn von Beiden seit zwei Jahren in allen den Momenten vernommen, in welchen das Ministerium eine Richtung einschlagen, eine Maßregel ergreifen wollte oder schon ergriffen hatte, von der es voraussah, daß sie die Sympathie der öffentlichen Meinung im weitesten Sinne des Wortes nicht für sich haben würde. Die Reform und ihr Beschützer nahmen stets dann am lautesten das „Vertrauen" in Anspruch, wenn die Gefahr vor ihnen stand, die moralische und politische Unterstützung der Partei zu verlieren, welche sich selbst die „konservative" nennt.

Auch in diesem Augenblick, in dem die Reform von neuem „Vertrauen" predigt, ist eine Gefahr der Art vorhanden. Die Beschlüsse vom 2. November riefen auch im Lager der Konservativen eine tiefe Entrüstung hervor, und Herr von Manteuffel mußte es erleben, daß man ihm, dem so lange verehrten Führer, auch hier den Gehorsam aufzukündigen begann.

Hatten denn diese Beschlüsse vom 2. November der „Ehre" Preußens etwas vergeben? Oder warfen die Konzessionen, welche man an diesem Tage in Berlin dem Wiener Kabinet zu machen beschlossen hatte, wirklich einen dunklen Schatten über die Sonne der preußischen „Ehre", welche in ihrem Glanze aufrecht zu halten die erste und heilige Pflicht eines preußischen Ministeriums ist?

Dieses Ministerium hat im Laufe des vorigen Jahres zweimal vor den Kammern des Landes den Weg genau bezeichnet, den es in der deutschen Frage eingeschlagen habe und den es zu verfolgen gedenke. Es ist das aus beredtem Munde in kühnen Reden geschehen, die durch ganz Europa wiederhallten. Zweimal haben die preußischen Kammern mit eben so großer Entschiedenheit erklärt, der Regierung auf diesem Wege folgen zu wollen. Sie haben noch mehr gethan. Sie haben mit einer Einstimmigkeit, wie solche selten ist in der Geschichte, **der Regierung im Voraus 18 Millionen bewilligt, um wenn es Noth thäte, den von ihr betretenen Weg mit den Waffen in der Hand vertheidigen zu können.**

Sollen wir noch diesen Thatsachen die zahlreichen Verheißungen hinzufügen, welche das Ministerium Brandenburg-Manteuffel in Betracht seiner deutschen Politik ausgesprochen hat? Sie sind in Aller Gedächtniß und nur an eine wollen wir erinnern, an jene feierliche offizielle Erklärung:

„daß Preußen den festen Willen habe, das der deutschen Nation gegebene Wort ehrlich, offen und unverbrüchlich zu erfüllen."

Waren die Beschlüsse vom 2. November ein Schritt zur Erfüllung dieses Wortes? Waren die Concessionen, zu welchen Wien gegenüber das Ministerium sich an jenem Tage bereit erklärte, das Ziel des Weges, für dessen Vertheidigung mit den Waffen in der Hand die Kammern der Regierung 18 Millionen im Voraus bewilligt hatten?

Ein Mann, dessen politische Ansichten und Ueberzeugungen Niemand zu den „Märzerrungenschaften" zählen wird, der völlig frei von dem Vorwurf des „theoretischen Doctrinairs" dasteht, der vormärzliche Minister v. Bodelschwingh, sagte im Parlament zu Erfurt:

„Wenn das am 26. Mai 1849 von Preußen in gutem Glauben hochherzig begonnene Werk nach den so entschiedenen Erklärungen Preußens und des preußischen Volkes zur Schadenfreude aller Preußenfeinde, zur Schadenfreude aller Feinde Deutschlands gänzlich scheitern sollte, so würde er das für ein Unglück halten, was Preußen lange nicht überwinden könnte."

Die Beschlüsse vom 2. November aber gaben das am 26. Mai 1849 begonnene Werk in demselben Moment auf, in welchem es nothwendig zu werden schien, dasselbe mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen. Dasselbe Ministerium, welches die „Union" gebaut, welches sie bisher am Steuerruder sitzend geführt, uud vor Preußen, Deutschland und der Welt feierlich übernommen hatte, sie durch alle Klippen und Brandungen in den Hafen zu leiten: dieses selbe Ministerium war an jenem Tage bereit, die „Union" gänzlich scheitern zu lassen. Es hatte nicht, wie Bodelschwingh, die „Schadenfreude aller Preußenfeinde, nicht die Schadenfreude aller Feinde Deutschlands": es hatte allein die Versöhnung mit Oesterreich im Auge!

Ein Schrei des Unwillens vom Niemen bis zum Rhein hat diese Beschlüsse vom 2. November gerichtet, und jetzt, nachdem uns endlich Oesterreichs steigende Anmaßung das Schwert in die Hand gedrückt hat, sollen die Beschlüsse vom 2. November von neuem das Angebot sein, welches wir Oesterreich machen?

Die Reform deutet das von ferne an, und die Kreuzzeitung, in diesem Augenblick die eifrigste Vertheidigerin Herrn von Manteuffels, spricht es offen aus, daß von der Politik des 26. Mai überall keine Rede mehr sein dürfe und könne. Von jeher hat sie mit Oesterreich und allen Rheinbündlern in schönster Harmonie das Werk vom 26. Mai gehaßt und verfolgt und in den letzten Tagen scheint sie sich am Ziel ihrer Wünsche zu glauben. Sie hofft sichtlich auf eine Besetzung des Ministeriums des Auswärtigen im Sinn und Geist ihrer Partei und sieht in solchem Siege auf dem Gebiet der äußern, auch die Bürgschaft fernerer Erfolge auf dem Gebiet unserer inneren Politik. Und nicht mit Unrecht. Giebt unsere Regierung wirklich die deutsche Politik des 26. Mai 1849 völlig auf, einigt sie sich wirklich mit Oesterreich auf dem Boden des Bundestages, so kann der Rückschlag dieser Entscheidung auf die innere Politik unseres Landes nicht ausbleiben, dessen weitgreifende Folgen nur dem blödesten Auge zweifelhaft sein können. Dann mag aber Herr von Manteuffel nur überzeugt sein, daß die Füße derer vor seiner Thür stehen, welche auch ihn aus dem Ministerium des Innern heraustragen werden.

So stellten die Beschlüsse vom 2. November nicht nur das Ansehen, die Macht und die Ehre Preußens in Deutschland und Europa aufs Spiel: sie bedrohten mit gleicher, wenn auch entfernterer Gefahr unsere Verfassung, welche bekanntlich der Kreuzzeitungspartei nicht minder ein Dorn im Auge ist, als das Bündniß vom 26. Mai.

Das Alles hat unser Volk tief gefühlt, als es dem 2. November sein Verdammungsurtheil sprach. Einstimmiger und entschiedener als in diesem Fall hat sich die öffentliche Stimmung selten gezeigt, und mit derselben Entschiedenheit und Einstimmigkeit begrüßte sie mit Jubel den Befehl vom 6ten, der vier Tage später die Mobilisirung der Armee aussprach.

Diese Stimmung ist auch noch heute dieselbe. Die Sympathie der Nation ist mit der Regierung, welche das Schwert erhebt; sie wendet sich aber von der Regierung ab, welche das Schwert niederlegt, um nach den Beschlüssen vom 2. November Preußen dem Willen Oesterreichs zu unterwerfen.

Man hüte sich vor dem Kriege, schrieb die deutsche Reform vor dem 2. November, denn der Krieg, sagte sie, entfesselt die Revolution.

Wir antworten der deutschen Reform: man hüte sich vor einer Wiederaufnahme der Beschlüsse vom 2. November, denn es ist ein altes, bewährtes Wort, daß wer Wind säet, den Sturm erndten wird.

Preußen.

Berlin, 10. Nov. Der gestern veröffentlichten allerhöchsten Verordnung, betreffend die Zurückberufung der im Auslande befindlichen Militärpflichtigen ist folgender Antrag des Staats-Ministeriums voraufgegangen:

Nachdem Ew. königliche Majestät mittelst Ordre vom 6. d. M. die Mobilmachung der Armee anzuordnen geruht haben, erlaubt sich das Staats-Ministerium über eine hiermit in genauer Verbindung stehende Angelegenheit allerunterthänigst Vortrag zu halten.

Früherhin ist bei gleicher Veranlassung an alle mit oder ohne obrigkeitliche Erlaubniß im Auslande befindlichen, dem Heere angehörenden preußischen Unterthanen ein landesherrlicher Befehl zur ungesäumten Rückkehr ergangen. — Namentlich ist dies dann geschehen, wenn die Gesammtzahl der im Auslande sich aufhaltenden zum Kriegsdienst verpflichteten Individuen nicht unbeträchtlich war. — Nach den vorliegenden Berichten der Civil- und Militär-Behörden muß angenommen werden, daß auch jetzt theils mit, theils ohne obrigkeitliche Erlaubniß eine nicht unbedeutende Anzahl diesseitiger Unterthanen sich im Auslande befinden, welche als auf unbestimmte Zeit Beurlaubte oder als Reservisten dem stehenden Heere, oder als Wehrmänner der Landwehr angehören. Deshalb hält das Staats-Ministerium zur Verstärkung der Wehrkraft des Landes es für nöthig, dieselben in einem öffentlichen Aufruf zur sofortigen Rückkehr aufzufordern.

Hierbei kommt indeß der Umstand wesentlich in Betracht, daß diejenigen Militär-Personen vom Stande der Beurlaubten, welche ohne Erlaubniß sich in das Ausland begeben oder dort ohne Ew. königlichen Majestät Genehmigung in Civil- oder Militärdienste treten, nach den bestehenden Gesetzen Strafe verwirkt haben. Sollten aber diese Personen im Fall ihrer sofortigen Rückkehr zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden, so würde dies dem durch den erwähnten Aufruf beabsichtigten Zwecke nicht entsprechen, weil die Zurückkehrenden alsdann nicht sogleich zum Kriegsdienste herangezogen werden könnten. — Aus diesem Grunde dürfte mit dem Aufrufe zur Rückkehr die Zusicherung der Pardonnirung für diejenigen zu verbinden sein, welche demselben binnen einer bestimmten Frist getreulich Folge leisten.

Insofern Ew. königliche Majestät huldreichst geruhen möchten, einen solchen Aufruf an die Auslande befindlichen Militär-Personen vom Stande der Beurlaubten ergehen zu lassen, hat sich das Staats-Ministerium erlaubt, die alsdann zu erlassende Verordnung im Entwurf zu Allerhöchst deren Vollziehung ehrerbietigst beizufügen.

Berlin, den 8. November 1850.

Das Staats-Ministerium.

v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. d. Heydt. v. Rabe.
Simons. v. Stockhausen.

Se. Majestät der König haben durch einen am 15. Oktober d. allerhöchst vollzogenen Erlaß zu bestimmen geruht,

daß die freie Standesherrschaft Pleß, welche durch Erlaß Sr. Maj. des hochseligen Königs vom 7. November 1825 für die Dauer der Besitzzeit des fürstlichen Hauses Anhalt-Köthen-Pleß zum Fürstenthum ernannt worden war, nach dem Tode des letzten Besitzers aus diesem Hause, des Herzogs Heinrich zu Anhalt-Köthen, die Eigenschaft eines schlesischen Fürstenthums auch ferner und zwar so lange beibehalten soll, als sich dieselbe in dem ungetheilten Besitze des Grafen Hans Heinrich von Hochberg und seiner männlichen Linie entsprossenen ehelichen männlichen Nachkommen befinden wird

und

daß, so lange dies der Fall ist, dem jedesmaligen alleinigen Besitzer des Fürstenthums als solchen das Recht zustehen soll, den Titel eines „Fürsten von Pleß" mit dem Prädikate „Fürstliche Gnaden" zu führen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den bisherigen Regierungs-Assessor Schede zum Landrath zu ernennen; und dem praktischen Arzte, Operateur und Geburtshelfer, Dr. Kleekamm zu Ellrich den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der herzoglich sachsen-altenburgische Staats-Minister, Graf von Beust, von Altenburg.

§§ **Berlin**, 10. Novbr. [Die sächsische Politik.] Nachdem das in der Wiener Zeitung vor einigen Tagen publizirte Manifest uns über die Motive der österreichischen Rüstungen belehrt, ist jetzt nun auch eine **ähnliche Aufklärung seitens der österreichischen Filialregierungen** in die Oeffentlichkeit getreten, wir meinen das **Exposé des Ministers von Beust in der Sitzung der sächsischen ersten Kammer vom 7. d. M.** (s. vorgestr. Bresl. Ztg.). Es könnte vielleicht ein müßiges Unternehmen scheinen, mit einem Ministerium, welches sich wiederholt des schreiendsten Vertragsbruches, der schwärzesten Undankbarkeit schuldig gemacht, irgend noch zu diskutiren; man sollte annehmen, daß es für das im Allgemeinen stets unbefangene Urtheil des größern Publikums längst feststeht, wie nur die vollständigste Kopflosigkeit einer sächsischen Regierung rathen kann, den Zorn Preußens herauszufordern. Allein es giebt doch immer noch Leute, welche gläubig genug sind, Ehrlichkeit und Staatsweisheit da vorauszusetzen, wo eine trügerische Dialektik das Gegentheil dieser Tugenden geschickt zu verhüllen versteht. Aus diesem Grunde und weil vielleicht die Ereignisse bald über jene Politik zu Gericht sitzen werden, wollen wir einige Sätze der neuesten sächsischen ministeriellen Logik in Kurzem beleuchten. — Wie auch natürlich, versucht Herr von Beust die Wiederherstellung des Bundestags zu vertheidigen. Nachdem er zu dem Endzweck die verschiedenen Phrasen der deutschen Verfassungsbestrebungen von 1848 bis 1850 aufgeführt, meint er: „Nachdem alle andern Verständigungsversuche zu Einführung einer Gesammtverfassung gescheitert waren, mußte (?) unter diesen Umständen das verfassungsmäßige Organ des Bundes wieder aufleben." Herr v. Beust ist ferner weit entfernt, „die Theorie aufstellen zu wollen, daß, weil etwas zur Zeit einer Revolution unter dem Drange der Umstände geschaffen worden sei, es zurückgenommen und ungiltig gemacht werden solle, sobald die Zeitverhältnisse sich ändern." Man muß zugeben, daß allerdings in dieser Beziehung Herr v. Beust mehr der Praxis, als der Theorie huldigt. Seine Regierung hat im März 1848 den Beschluß gefaßt, die alten Landstände aufzuheben, weil — nun weil es eben im März 1848 war. Dieselbe Regierung hat sich vier Monate später, wo noch immer die Märzluft wehte, bei dem Beschlusse betheiligt, welcher die alte Bundesversammlung aufhebt. Dieselbe Regierung hat endlich im Mai 1848, als die sächsische Demokratie in sehr bedrohlicher Weise ihre Sympathie für die Frankfurter Reichsverfassung kundgab, mit Preußen das Unionsbündniß abgeschlossen. Nachdem sie sich so von dem „Drang der Umstände" eine gute Strecke Weges hatte vorwärts schieben lassen, kehrte sie eines Tages, als der „Drang" aufhörte, auf demselben Wege wieder um, so zwar, daß sie alle gethanen Schritte in der umgekehrten Reihenfolge wieder rückwärts that, nämlich mit dem letzten anfing und mit dem ersten aufhörte. Nach der Reihe wurde die Union verlassen, der Bundestag wiederhergestellt, die Landstände wieder eingeführt. Diese Thatsachen geben den besten Beleg dafür, wie wenig die sächsischen Minister Freunde der oben erwähnten Theorie sind, die Praxis steht ihnen dabei über alle Theorie. — Also der alte Bundestag erscheint unserm sächsischen Staatsmanne als das einzige Mittel, einer vollständigen Verfassungslosigkeit vorzubeugen. Allein, Ihr macht dagegen den Einwand: „es sei auf nichts weiter abgesehen, als

diese alte Form und also den alten Bundestag zu wahren und es müsse jeder Versuch zu einer Revision derselben daran scheitern, daß jeder, auch der kleinste Staat widersprechen kann." Ihr Kurzsichtigen, Ihr Politiker ohne Verstand, Herr v. Beust sagt Euch, daß dieser Einwand nicht stichhaltig ist, denn, sagt er, „wenn die größern Staaten aufrichtig gemeint sind, sich zu verständigen, so wird bei dem offenbaren Impulse der öffentlichen Stimmung der Widerspruch Einzelner die Sache nicht aufhalten." Es ist nicht daran zu zweifeln, daß unter diesen großen Staaten auch Sachsen gemeint ist; es drängt sich uns dabei folgende Betrachtung auf: Wenn Oesterreich und Preußen als die größten deutschen Staaten aufrichtig gemeint wären, sich zu verständigen, trotz des Widerspruches der „größern" Staaten Baiern, Würtemberg u. s. w., so dürften wir sofort zu gewärtigen haben, daß man das Ausland gegen diese Verständigung zu Hülfe ruft. Die „größeren" Staaten aber, gemeinsam mit den größten, dürfen sich verständigen, die Kleinen müssen sich fügen, warum? unter dem „Impulse" der öffentlichen Stimmung. Dieser „Impuls" ist offenbar nur eine Redewendung für den weiter oben erwähnten „Drang der Umstände" und Herr v. Beust scheint also ein großer Verehrer von dergleichen äußerer Nachhilfe. In der That, wenn man sich nichts daraus macht, für unredlich und unselbstständig zu gelten, giebt es gar keine bequemere Politik, als die, welche dem jedesmaligen äußern Orange nachgiebt, und hinterher auf den alten Fleck zurückkehrt, weil eben der Drang nicht mehr vorhanden ist. Auf diese Weise entgeht man allen Vorwürfen wegen Inkonsequenz, Illegalität, Wortbruch u. s. w. Eine Frage dürfte aber Herr v. Beust Mühe haben zu beantworten, nämlich die: was soll geschehen, wenn eine Regierung der Politik der „Impulse" nun nicht huldigen und auf Grund der von Herrn v. Beust als rechtsbeständig anerkannten Bundesverfassung verlangt, daß die „alte Form" gewahrt bleibe? Wird dann Herr v. Beust eine solche Regierung den „Impuls" von Bundeswegen fühlen lassen wollen? — Nachdem nun Herr von Beust aus Nothwendigkeitsgründen die Rechtsbeständigkeit der Bundesversammlung hergeleitet, wendet er sich zu den beiden praktischen Fragen, an denen der Bund seine Lebensfähigkeit und Kraft zeigen müsse. Die hessische und die schleswig-holsteinische Frage. Hier fängt nun das Sündenregister Preußens an. Preußen wird zunächst der Inkonsequenz beschuldigt, weil es früher den Grundsatz aufgestellt habe, unbeschadet des weitern Bundes könne in einem engern Staatenverbande eine engere Centralgewalt ungestört fungiren. Da in vorliegendem Falle mit jener engern Centralgewalt doch wohl die exekutionslustige Frankfurter Versammlung gemeint sein soll, so ergiebt sich das überraschende Resultat, daß, Herrn v. Beust zufolge, jene Versammlung gleichzeitig allgemein deutsches Bundesorgan und Verwaltungsrath eines engeren durch die in Frankfurt vertretenen Staaten gebildeten Bundes ist. Der sächsische Minister hat aber allerdings eine leise Ahnung davon, wie unhaltbar jener Vergleich ist, er beeilt sich deshalb hinzuzufügen, daß er den von Preußen aufgestellten Grundsatz nicht theile, sondern lediglich darauf hinweise, wie gefährlich der Unionsgedanke für Preußen selbst werden könne, und „daß wir, indem wir diesen Unionsgedanken bekämpfen, vielleicht noch mehr im Interesse Preußens handeln, als andere Staaten." Wir wissen also jetzt, warum Sachsen aus der Union geschieden; aus purer Liebe zu Preußen! Ueberhaupt ist die sächsische Regierung von den großmüthigsten Gefühlen beseelt, auch da, wo der große Haufe andere Motive sieht. So z. B. erfahren wir durch Herrn v. Beust, daß die sächsische Regierung für die Exekution in Schleswig-Holstein nur deswegen sich entschieden hat „damit nicht ein deutsches Land unnützer Weise und ohne alle und jede Hoffnung verblute." — Die ausgesprochene Erklärung Preußens nun, eine Intervention in Hessen und in Holstein nicht zu dulden, habe der sächsischen Regierung die Verpflichtung ins Gedächtniß gerufen, „die bedrohte Bundesgewalt zu unterstützen" und ihre Armee in Bereitschaft zu halten. Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn man eine Regierung, welche vor einem Jahre noch nur durch preußische Bajonette geschützt wurde, welche nicht im Stande war, das Feuer bei sich zu löschen, welche, wenn heute ein neuer Aufstand sie heimsuchte, ebensowenig wie damals ohne fremde Hülfe sich vom Untergange retten könnte, wenn man eine Regierung mit dergleichen hochtönenden Phrasen um sich werfen, die Gelder des tiefverschuldeten Landes zu Demonstrationen verwenden sieht, die, wenn sie mehr als Demonstrationen würden, schließlich mit dem sichern Untergang der Selbstständigkeit Sachsens enden müssen. Möge die sächsische Regierung wohl bedenken, was sie thut, indem sie sich auf Oesterreich stützt! Oesterreich hat im siebenjährigen Kriege nicht vermocht, seinen Verbündeten nebst dessen Armee vor der Belagerung in seinem befestigten Zufluchtsort zu schützen; Oesterreich hat nicht vermocht Sachsen von der durch seine Allianz mit Napoleon verdienten Zerstückelung zu schützen; Oesterreich konnte Sachsen nicht einen Man zu Hülfe senden, als der Aufstand seine Dynastie bedrohte: die Geschichte beweist uns, daß Sachsen von dem beleidigten Preußen seine Strafe, von dem befreundeten Preußen Rettung erhielt. Das sind Fingerzeige, die man in Dresden nicht verachten sollte. — Zum Schlusse wenden wir uns aber zu Herrn v. Manteuffel. Aus den von Herrn von Beust vorgelegten Aktenstücken ergiebt sich nämlich, daß Herr von Radowitz am 1. November bei der sächsischen Regierung die Anfrage gestellt hat, „welche Haltung Sachsen als benachbartes und in mancherlei Beziehungen zu Preußen stehendes Land, beim Eintritt dieser (in Folge des Bundesbeschlusses) Konflikte beobachten werde." Eine solche Anfrage ist sehr wohl gerechtfertigt, eine Nachbarmacht darf die andere fragen: ob Feind oder Freund? Herr v. Beust antwortete hierauf, daß er „die Bundesverfassung und die Bundesversammlung mit den ihr durch die Verfassung beigelegten Rechten anerkenne," woraus weitere Konsequenzen er dem preußischen Minister selbst überlassen müsse. Diese Sprache ist doch wahrlich deutlich genug. Nachdem nun Herrn von Manteuffels Friedenspolitik durchgedrungen, scheint seine erste Sorge die von Sachsen angeordnete Mobilmachung gewesen zu sein, denn unterm 4. richtet er eine Anfrage nach Dresden, welche, Herrn v. Beust zufolge, so lautete: „wodurch die Mobilmachung der sächsischen Armee in einem Augenblicke motivirt werde, wo in Preußen beschlossen worden sei, von einer Mobilmachung abzusehen?" Entweder hatte Herr v. Manteuffel, als er die Mobilmachung verhinderte, die Absicht, ganz und gar mit Oesterreich in Gemeinschaft zu handeln, dann unterlag es doch keinem Zweifel, daß Sachsen ebenfalls sich beruhigen und nicht etwa auf eigene Rechnung mit Preußen den Krieg beginnen werde. Oder aber, Herr v. Manteuffel wollte fortfahren, den Bundestag nicht anzuerkennen: dann wußte er aus der Herrn v. Radowitz sächsischerseits ertheilten Antwort, daß dieser Großstaat entschlossen sei, die bedrohte Bundesgewalt zu unterstützen. Wozu sollte also diese erneuete Anfrage führen? Herr v. Beust nun anwortete darauf, daß er die letzten preußischen Beschlüsse noch nicht gekannt habe, als er die Mobilmachung verfügte, daß er aber, sowie er die friedlichere Wendung der Dinge erfuhr, „sofort den Beschluß faßte, in den verfügten Maßregeln bedeutende Modifikationen eintreten zu lassen. Nun beträgt die ganze Stärke der sächsischen Armee auf dem Kriegsfuß 25,000 Mann, in Friedenszeiten 15,000 Mann. Die allerbedeutendste Modifikation könnte also demnach doch nur die sein, daß die sächsische Regierung die Friedens-Ordres beibehält; es handelt sich also um 10,000 Mann mehr oder weniger. Wie soll man es nun verstehen, wenn der sächsische Gesandte in Berlin seiner Regierung meldet, daß die letzterwähnte Antwort „zur Beruhigung des preußischen Ministeriums gereicht und von ihm mit offenbarer Befriedigung entgegengenommen worden sei?" Man könnte anstehen, jener Meldung des sächsischen Gesandten Glauben zu schenken, wenn nicht die ministeriellen Organe vom 5. ein so unziemliches Jubelgeschrei darüber angestimmt hätten, weil Sachsen seine Rüstungen eingestellt habe. Es giebt das wiederum einen Beleg für die Art und Weise, die „Ehre" und die „Würde" Preußens den fremden Staaten gegenüber zu wahren. Wer sollte sich unter solchen Umständen wohl der Bangigkeit um die Zukunft entschlagen können?

Die Spen. Ztg. enthält eine Reihe von Artikeln, welche die nationale Begeisterung zu heben wohl geeignet sind. Wir heben aus einem dieser Artikel folgende Stelle hervor: „Sind heute unter uns noch ängstliche Seelen, die mit Bangen auf das Wagniß Preußens sehen, zunächst nur gestützt auf eigene Kraft, seinen zahlreichen Feinden die Spitze zu bieten? wir erinnern sie an die denkwürdige Erhebung vom Jahre 1813, an den Muth, der zu diesem Schritt gehörte, an die Armuth und äußerste Bedürftigkeit, unter welcher damals der schwere Gang angetreten wurde. Aber es handelte sich zu der Zeit, wie auch heute, um die Existenz Preußens, es handelte sich darum, unsern Staat den raubsüchtigen und eifersüchtigen Händen fremder Mächte zu entreißen. — Das Land war durch siebenjährigen Franzosendruck ausgesogen und verarmt; von der heute so allgemein verbreiteten Wohlhabenheit hatte man keine Vorstellung; und trotz der tiefsten Dürftigkeit, trotz des mühsamen Ringens um das kümmerlichste Fortkommen unter allen Klassen, erhob sich das Volk wie Ein Mann, ein unerträglich gewordenes Joch abzuwerfen. Aber alle Mittel zur Kriegführung fehlten, die bedeutendsten Festungen waren in den Händen der Feinde, die Arsenale wie die Staatskassen, und die Taschen der Unterthanen waren leer. Unser Waffenvorrath war so gering, daß nur das eine Glied der Landwehr Schießwaffen hatte, die beiden andern Gliedern trugen Piken. An Geschützen mochte nicht der dritte Theil von demjenigen Kriegsmaterial vorhanden sein, das jetzt in jedem Augenblick ins Feld rücken kann. Aber die Unmöglichkeit, in der Lage zu bleiben, in die der Staat gestürzt war, ließ kein Opfer zu groß sein für die Rettung des Vaterlandes. Man muß sich eine annähernde Vorstellung machen von der Größe der Opfer, die gebracht wurden. — Wir reden von der Provinz Brandenburg. Sie war damals noch nicht so ausgedehnt, wie jetzt; es gehörten zu ihr noch nicht die 1815 erst angefallenen, sächsischen Landestheile. An Bevölkerung konnte sie sich mit dem heutigen Zustand gar nicht messen. Und diese Provinz stellte 4 Linien-Infanterie, 4 Linien-Kavallerie-Regimenter, 7 Landw.-Inf.- und 7 Landwehr-Kavall.-Regimenter, und eine Artillerie-Brigade. Dazu kam noch eine Zahl von wenigstens 5000 freiwilligen Jägern; die ganze Masse mochte 38—40000 Mann betragen. In Berlin, welches damals eine Bevölkerung von 140—150,000 Seelen hatte, wurden, außer der höchst ansehnlichen Menge Freiwilliger, welche bereits in die Reihen der Armee getreten waren, 5 Bataillone und 1 Kavallerie-Regiment Landwehr (4400 Mann) gestellt. Bei Groß-Beeren, Hagelsberg, Dennewitz, an der Katzbach, bei Kulm erbeutete sich die Landwehr ihre Schießwaffen, und die Artillerie wurde durch französische, sächsische und anderen deutschen Brüdern (!) abgenommene Kanonen, die von jenen gegen die Unsrigen gebraucht worden waren, verdreifacht. — Sehen wir jetzt auf die Bevölkerung und Wohlhabenheit Berlins und überhaupt des ganzen Landes, so hat das Land nicht halb so viel Anstrengungen nöthig, um ein Heer von 5—600,000 Mann den Feinden entgegenzustellen. Um 600,000 Mann aufzubringen, sind von der Bevölkerung 3½ Prozent aufzubieten: damals war der Prozentsatz ein höherer für Berlin, wie für die ganze Provinz. Der Geldbedarf des Staats ist aber in der Gegenwart außer allem Verhältniß geringer, als zu jener Zeit, da Kriegsmaterial in hinreichender Menge für die erste Ausrüstung vorhanden ist. Die Hülfsmittel des Landes sind seit jenen Tagen wunderbar gestiegen; ihr Reichthum beruht wesentlich mit auf dem Ansehen, das unser Staat durch seine damalige Haltung sich erwarb; und welcher Patriot — und das sind in Momenten, wie der jetzige, alle Preußen — wollte mit seiner Hülfe, seinen Opfern zurückstehen, wo es gilt, die Ehre und Existenz des Vaterlandes, die Segnungen der Civilisation gegen den Fluch des Absolutismus zu verheidigen?"

[Ueber die in vollem Gange befindlichen Unterhandlungen wegen Uebernahme der Präsidentur des Ministerrathes] berichtet die Spen. Ztg.: daß diese Verhandlung durchaus in dem Sinne geleitet werden, welcher die neue Stellung Preußens bedingt, und seine Rücksicht auf die deutschen Bundesstaaten. Man geht nämlich von der ganz richtigen Ansicht aus, daß die Präsidentur einem Manne anvertraut werden müsse, der durch sein bisheriges Verhalten in der deutschen Sache, sowohl in den Unionsstaaten, als in dem übrigen Deutschland den vollen Glauben erweckt, daß er mit Preußens deutschen Bestrebungen stehe und falle. Dieses Vertrauen ist besonders bei drohender Kriegsgefahr ein durchaus nothwendiges, und man ist daher fest entschlossen, Niemanden auf die genannte Stelle zu berufen, der durch Hinneigung zu der, jetzt vollständig gerichteten, Friedenspolitik à tout prix auch nur den Verdacht erwecken könnte, daß er es nicht aufrichtig meine mit der jetzigen Erhebung Preußens. Man berechnet und berücksichtigt sehr entschieden die Gefahren der Stellung Preußens, wenn in diesem Momente, wo Alle Gut und Blut für Preußens Ehre und Deutschlands Rettung einzusetzen bereit sind, sich das Mißtrauen verbreitete, als könnten alle geforderten Opfer umsonst gebracht sein. **Wir könnten einen hohen Bürgen für diese unsere Worte anführen, dessen entschiedenes Auftreten im Namen der Ehre Preußens und Deutschlands hauptsächlich die neueste ehrenvolle Wendung der Dinge herbeigeführt hat: doch genügt es uns, daß sein Name in Aller Munde ist und daß Alle überzeugt sind, daß er von dem Ruhme der Nation unzertrennlich ist und nicht gestatten wird, daß ein Blutstropfen umsonst vergossen werde.** In diesem Sinne möge jeder mit dem festen Vertrauen sich ganz dem Vaterlande weihen; der Führer ist genannt und bürgt mit seinem Leben für seine und des Vaterlandes Ehre.

Aus gut unterrichteten Kreisen kommt uns die Notiz zu, daß das englische Kabinet den Höfen Frankreichs und Rußlands erklärt habe, es werde die Einmischung keiner auswärtigen Macht in deutsche Angelegenheiten dulden. Abschriften dieser Erklärung seien den Gesandtschaften in Berlin und Wien bereits zugefertigt worden. Wir können nur wünschen, daß diese Notiz, für welche wir selbst keine unanfechtbare Bürgschaft haben, Bestätigung finde. (Const. Z.)

Potsdam, 9. Novbr. [Die Mobilisirung der Armee] erregt auch hier die freudigste Theilnahme und die größte Regsamkeit der Behörden. Die königliche Regierung hat allein 25 (nach andern 30) Beamte für die Armee-Verwaltung des dritten Armeekorps abgegeben, ohne die zu rechnen, welche noch unter die Landwehr treten müssen. Diese Versetzung hat meistens jüngere Beamte getroffen, da überall das Prinzip beobachtet ist, solche Beamte zu Militärstellen zu befördern, welche damit einen höhern Gehalt, als sie hier hatten, zur billigen Entschädigung für sonstige Einbußen erlangen. Die Ernannten sind theils gestern schon abgegangen, theils werden sie heute abgehen. Die Zurückbleibenden haben damit freilich doppelte Arbeitslast übernehmen müssen, das geschieht jedoch freudig, so wie auch die zur Landwehr Eintretenden patriotische Begeisterung und regen Eifer zeigen. Von mehr als einem achtbaren Manne hat Ref., als die Nachricht von der Mobilisirung der Armee bekannt wurde, die Aeußerung gehört: „Gott sei Dank, nun brauchen wir doch nicht mehr zu erröthen, Preußen zu sein!" — Das erste Garde-Regiment zu Fuß hat schon vorgestern und gestern kleine Kommando's in die entlegenen Provinzen entsendet, um die rasche Einziehung der Kriegsreserven zu betreiben. Da die Garde ihre Ergänzungsmannschaft aus allen Provinzen bezieht, so kann die Mobilisirung derselben nicht so schnell gehen als bei der Linie, doch glaubt man in 10 Tagen damit fertig zu sein. (Voß. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 8. Novbr. [Verschiedenes.] Gestern Morgen ging mit der Main-Neckar-Eisenbahn von hier ein preußischer Stabsoffizier nach Baden ab. Dem Vernehmen nach soll derselbe Ueberbringer eines Befehls sein, wonach sämmtliche im Großherzogthum stehende preußische Truppenkörper, mit Ausnahme der Festungsbesatzung von Rastatt, an der Neckarlinie zusammengezogen werden sollen. (F. J.)

Der Prinz von Preußen wird im Hauptquartier des G.-L. v. d. Gröben erwartet. — Der von Fulda heute hier eingetroffene Taxissche Postconducteur brachte die Meldung, der dortige Kommandeur gestatte nicht mehr, daß der Postwagen durch die Stadt fahre. (F. J.)

Dem General v. Schreckenstein in Baden ist gestern von Berlin aus Befehl geworden, alle Streitkräfte zu konzentriren und mit denselben eine Stellung zwischen Murg und Neckar einzunehmen. Es dürften sich auf diese Anordnung diejenigen Nachrichten zurückführen lassen, welche die vollständige Zurückziehung der preußischen Truppen aus dem Großherzogthum Baden betreffen. Selbst die beiden Schwadronen vom 6. Ulanen-Regiment, welche, wie man von hier gemeldet, bereits vor mehreren Tagen um Frankfurt hinweg nach nassauischen Ortschaften in der Nähe abmarschirt sein sollten, befinden sich zur Zeit noch in Baden. Die großh. hessische Regierung scheint sich jetzt ziemlich entschieden den Kämpfern für den Bundestag beigesellen zu wollen, da wir kurz vor Postschluß erfahren, daß sie ihre Zustimmung zu der Aufstellung eines österreichischen Corps am linken Mainufer in und um Seligenstadt ertheilt hat. Diese Abtheilung wird aus den beiden Infanterie-Regimentern Benedeck und Wellington und dem Regiment Chevauxlegers Windischgrätz nebst einer Batterie bestehen. Die Truppen sind im schleunigsten Anmarsch und werden am Sonntag Seligenstadt erreicht haben. (Köln. Z.)

Aehnliches berichtet die Deutsche Ztg.: „Man will hier mit aller Bestimmtheit wissen, daß 40,000 Mann Oesterreicher aus Böhmen und Vorarlberg, deren Vorabtheilungen bereits bei Bamberg zusammengetroffen sind, in den nächsten Tagen zwischen Würzburg und Aschaffenburg über den Main gehen würden. Ihre Bestimmung soll sein, das Herzogthum Holstein im dänischen Sinne zu unterwerfen. Diesem Corps werden sich die 10,000 Mann Württemberger, welche ihren Sammelplatz in und um Heilbronn haben, als Nachhut anschließen. Auch sind noch andere 10,000 Mann Baiern zur Unterjochung Kurhessens in Anmarsch. Bei Seligenstadt, im Großherzogthum Hessen, sollen sich innerhalb der nächsten Tage die aus Vorarlberg kommenden beiden Regimenter Infanterie Benedeck und Wellington, sowie das Regiment Chevauxlegers Windischgrätz aufstellen. Es heißt, daß die großherzogliche Regierung bis jetzt noch ihren Consens verweigert habe, während andererseits verlautet, daß die Verlegung des Bataillons von Friedberg nach Offenbach auf österreichischen Wunsch erfolgt und somit die Absicht des Großherzogs, an der Unterdrückung Kurhessens und an dem Kampfe für den Bundestag Theil zu nehmen, thatsächlich dargelegt sei."

Mainz, 7. Novbr. [Mobilmachung.] Auch die Truppen unsers Großherzogthums sollen mobil gemacht werden, und wie wir hören, zu dem österreichisch-bairischen Armeekorps bei Aschaffenburg stoßen. Die in Friedberg und Butzbach liegenden Reiter haben schon Marschordre erhalten. (M. Z.)

Das preußische und baierische Lager in Kurhessen.

Ueber die gegenseitigen Verhandlungen zwischen den baierschen und preußischen Generälen wird der Freim. Sachs.-Ztg. aus Frankfurt, 7. Novbr., gemeldet: Nachdem der Fürst Thurn und Taxis das vom General v. d. Gröben vorgeschlagene Arrangement zur gemeinsamen Besetzung Kurhessens verworfen hatte, ist gestern Morgen ein neues Schreiben von dem preuß. Befehlshaber eingelaufen, worin derselbe dem Befehlshaber der Bundestruppen erklärt, daß seine Instructionen dahin lauteten, **ein weiteres Eindringen der Baiern in Kurhessen nicht zu gestatten, und daß er daher sich zu seinem Bedauern genöthigt sehen würde, jedes weitere Vorrücken mit Gewalt zurückzuweisen.** Fürst Thurn und Taxis erwidert, daß seine Instruktionen umgekehrt dahin lauteten, **seinen Marsch nach Hersfeld und Kassel weiter fortzusetzen, und daß er sich daher ebenfalls zu seinem Bedauern genöthigt sehen würde, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, falls die preußischen Truppen ihm Hindernisse in den Weg legen sollten.** Nach Abfertigung dieser Antwort hat sich die Bundes-Armee alsbald in Marsch gesetzt. Als sie vor Neuhof ankam, fand sie dasselbe von den Preußen besetzt. Ein abermaliges Parlamentiren mit dem dort befehligenden preußischen Offizier blieb wieder fruchtlos, indem derselbe erklärte, daß seine Ordre dahin laute, **Neuhof und die durchführende Straße gegen die Bundestruppen zu vertheidigen, und daß er entschlossen sei, diese Ordre auszuführen.** Indessen hat Fürst Thurn und Taxis mit großer Schnelligkeit **die Höhen zu beiden Seiten Neuhofs besetzen und mit Artillerie versehen lassen, so daß Neuhof selbst für die Preußen unhaltbar geworden war.** Nachdem diese sich davon überzeugt, haben sie Neuhof geräumt und jenseit Neuhof auf den dortigen Anhöhen eine feste Stellung eingenommen. Wie ich höre, wird Fürst Thurn und Taxis erst noch Verstärkungen, namentlich die aus Vorarlberg kommenden Oesterreicher erwarten, ehe er den Versuch macht, die feste Stellung der Preußen jenseit Neuhof zu forciren.

Von den Vorhöhen der Röhn, 7. Novbr. [Aus dem baierschen Lager.] Auch der heutige Tag hat nichts Entscheidendes gebracht. Das Hauptquartier des Fürsten v. Thurn und Taxis ist zu Neuhof geblieben, wo sich auch fortwährend der Bundes-Kommissar Graf Rechberg und der Landeskommissar Staatsrath Scheffer aufhalten. Die Vorposten unter General Heilbronner stehen zu Löschenrod, etwas über halbwegs von Neuhof nach Fulda, die preußischen Vorposten nur ¼ Stunde davon zu Bronzell, 1½ Stunde diesseits Fulda. **Bei letzterer Stadt haben die Preußen eine sehr starke Stellung genommen und sie noch durch Anstauungen des Flusses, wodurch das Thal überschwemmt worden, unzugänglicher gemacht.** (O. P. A. Z.)

[Ein Lügenmanifest.] Die „N. M. Z." giebt einen zweiten Armeebefehl des Fürsten v. Thurn und Taxis an seine Truppen. Derselbe lautet: „Soldaten! Indem wir die Gränze des Kurfürstenthums Hessen überschreiten, betreten wir nicht Feindesland; ich vertraue daher der bisher bewiesenen Ordnung und vollendeten Mannszucht, daß ihr fortwährend die Ehre des Armeekorps vor Augen halten und euch in keinem Stücke von dem Wege der Pflicht entfernen werdet. Nach den allerhöchsten Bestimmungen und Normativen wird die Verpflegung im Kurfürstenthume Hessen eingerichtet und für alle Bedürfnisse nach Thunlichkeit gesorgt werden. An Anstrengungen gewöhnt, werdet ihr mit Freuden dieselben ertragen. Bedenkt, Soldaten! ganz Deutschland sieht auf uns. Für das große einige Deutschland werfen wir das Schwert in die Wagschale. Mächtige deutsche Bundesgenossen stehen uns zur Seite und setzen das Vertrauen in uns, daß wir festen Schrittes voranschreiten für die Ehre und Unabhängigkeit unseres schönen Vaterlandes. Gegeben Hauptquartier Aschaffenburg, den 1. November 1850. (gez.) Taxis, General der Kavallerie."

Fulda, 7. Novbr. Abends 5½ Uhr. [Aus dem preußischen Lager.] Die verflossene Nacht und der heutige Tag sind ruhig vorübergegangen. **Gestern Abend hat General v. d. Gröben in einem Schreiben an den Fürsten Taxis den gegenseitigen Kriegsstand acceptirt.** Heute hieß es, die Preußen wollten rückwärts gehen. Auf den nahen Höhen um die Stadt sieht man überall preußische Vorposten. Vier Bataillone sind um 4 Uhr wieder in die Stadt eingezogen. Die Stellungen der Preußen sind von hier aus nicht mehr zu übersehen. (F. J.)

** **Kassel,** 8. Novbr. [Tagesbericht.] Seit gestern Abend ist die Stimmung eine gehobenere, als die Tage vorher. Die Nachrichten von Berlin, daß die preußische Regierung entschiedener vorgehen werde, hat namentlich die hiesige preußische Besatzung mit Jubel begrüßt. Noch in einer späten Abendstunde ging das 18. Inf.-Regiment mit der Eisenbahn nach der Provinz Fulda. Heute Morgen ist das Husaren- so wie das Kürassier-Regiment dahin aufgebrochen. Oberst von Hann, seitheriger Kommandant, ist von hier abgereist, um bei der Mobilmachung der Landwehr in Westfalen mitzuwirken. An seine Stelle ist Oberstlieutenant von Steinmetz getreten. — Zuzug preußischer Truppen ist auf heute wieder angekündigt. Die Leute sind alle vom besten Geiste beseelt und erwarten mit Sehnsucht die Stunde des Kampfes. Es war eine wahre Lust, gestern Abend die Husaren zu sehen, wie sie ihre Säbelklingen schleifen ließen. Es ist leider traurig genug, daß es so weit in Deutschland gekommen ist, daß man seine Freude daran haben muß, wenn ein Bruder das Schwert wetzt, um den andern zu tödten; aber es ist nicht anders möglich; auf dem Papiere werden die Dinge nicht mehr ausgeglichen, und sind nicht mehr auszugleichen. Einmal muß der schwere Gang geschehen, also vorwärts! Von Gelnhausen haben wir Nachrichten, wonach in dortiger Gegend bereits Mangel an Lebensmitteln sein soll und dadurch die Baiern außerordentlich leiden. Es sind viele Wagen mit Kranken zurück nach Hanau und Frankfurt geschafft worden. Alle Bäcker und Fleischerladen sind von Militär besetzt. — Von Wilhelmsbad ist die Nachricht eingetroffen, daß man außerordentlich viele Versetzungen der Offiziere von einem Corps zum andern beliebt hat. —

Hildburghausen, 9. Novbr. [Die Oesterreicher vor Koburg.] So eben erhalte ich zuverlässige neue Nachrichten aus Lichtenfels vom 7. November. Die ganze Koburger Grenze ist von Kaiserlichen gestern besetzt worden. Tambach, Gmünd, Seßlach, Schney, Michelau, Lettenreuth, Mark Zeuln, Zettlitz, Lichtenfels, Burgkunstadt und bis nach Kronach hinauf alle Ortschaften liegen dicht voll Infanterie, Kavalerie und Artillerie. Es ist ein ganzes Armeekorps, mindestens 20,000 Mann stark mit 60 Kanonen. Den Gemeindevorständen ist aufgegeben für 6 Tage Fourage und Provision beizuschaffen. Inzwischen erwartet man Marschordre nordwärts. — „Gegen die Preußen und die Preußen-Freunde!" ist das Loosungswort der Kaiserlichen. — Die Fourage für die sehr zahlreiche Kavalerie — Heu, Hafer, Stroh — ist schon in den Paar Tagen um ⅓ aufgeschlagen. Juden ziehen auf allen Dörfern umher und kaufen auf und machen ihren Schnitt.

Nach andern, wohl voreiligen Nachrichten sollen die Oesterreicher schon in Koburg sein, dann Hildburghausen und Meiningen einen kurzen Besuch machen und in Schmalkalden sich häuslich niederlassen wollen. — Noch andere Nachrichten lassen die Oesterreicher mit 60 Geschützen von Lichtenfels nach Sachsen und von da nach Holstein gehen.

Neueste so eben eingehende Briefe. Gestern Nachmittag ist die Vorhut der kaiserlichen Nord-Armee bis Buch am Forst, 1½ Stunde von Koburg, vorgeschoben worden. Unaufhörlich wälzen sich die **österreichischen Truppenmassen auf der Nürnberg-Lichtenfelser Eisenstraße gegen die Grenze der preußen-bündlerischen Herzogthümer. Gestern berechnete man das Heer schon auf 30,000 M. mit 80 Kanonen,** und noch mehr als so viel sollte in den nächsten Tagen Zuzug kommen. (Dorfztg.)

△ **München,** 7. November.] Truppentransporte. — Prozeß wegen des pfälzischen Aufstandes. — Confiscation.] Alles ist nun darüber einig, daß der Friede nicht gestört wird (?) und doch dauern die Truppentransporte gegen den Main noch immer fort. Nach einer officiellen Anzeige an das Kriegsministerium hat die Eisenbahn bis heute 25,490 Mann Oesterreicher und 4300 Pferde befördert. — Es ist nun Ordre gegeben worden, daß mehrere Garnisonsstädte, aus denen Truppen nach Kurhessen marschirt sind, solche Abtheilungen zur Besatzung erhalten sollen, denen in der jüngsten Zeit der Befehl zur Einberufung der Beurlaubten zugegangen ist. Diese Verfügung läßt vermuthen, daß man gesonnen ist, unsere Truppen aus Kurhessen sobald nicht wieder zurückzuziehen. — Am Montag den 11. d. M. kommt dahier in der öffentlichen Sitzung des Cassationshofes der Pfalz der große Prozeß wegen des pfälzischen Aufstandes zur Verhandlung. Das Cassationsgesuch richtet sich gegen das Erkenntniß des Appellationsgerichts von Zweibrücken, wonach die Aburtheilung der Angeklagten durch ein Spezial-Gericht und nicht durch Geschworene zu geschehen hätte. Als Hauptangeklagter erscheint Martin Reinhard, entlassener Notar von Speyer. Die Zahl seiner Consorten beträgt über 400. — Die heut erschienene Nummer der „Leuchtkugeln," wurde wegen angeblich darin enthaltener „Majestätsbeleidigung" sogleich nach dem Erscheinen konfiszirt.

Stuttgart, 7. Nov., Morgens. [Der Konflikt.] Von heute früh an ist das Sitzungszimmer des Ausschusses der Landesversammlung auf Befehl der königl. Stadtdirektion geschlossen. Vor der Thüre desselben ist ein Stationscommandant aufgestellt, im mittleren und untern Local des Ständehauses ist die städtische Polizei verwendet, Ein Polizeicommissär Schnell hat sich in den Besitz des Schlüssels des Sitzungslokals gesetzt, und ein ebenfalls städtischer Polizeiwachtmeister ist am Eingange aufgestellt.

Den 7. Nov. Vormittag. Heute nach 11 Uhr verfügte sich der volle Ausschuß, bestehend aus dem Präsidenten Schoder, Fetzer, Mack, M. Mohl, Pfahler, Reyscher, Rödinger, Schnitzer, Schweickhardt, Seeger, Stockmaier, Tafel, in das Ständehaus und traf dasselbe in obenerwähnter Weise besetzt. Als die Mitglieder eine Treppe hoch angekommen waren, trat ihnen der Polizei-Unteroffizier mit dem Ersuchen entgegen, in das Zimmer des Kommissärs zu treten. Sie nahmen hiervon keine Notiz, fanden jedoch, als sie in das Sitzungslokal sich begeben wollten, dasselbe verschlossen. Der inzwischen in Civilkleidung erschienene Kommissär erklärte sofort, daß er auf Befehl des Stadtdirektors das Zimmer verschlossen habe. Auf Befragen, wie er dazu komme, den Ausschuß an Ausübung seines Berufs zu hindern, ob er einen schriftlichen Befehl habe, und ob von ihm gegen diesen verfassungswidrigen Auftrag protestirt worden sei, erklärte derselbe, daß er den ihm mündlich ertheilten Befehl ohne Widerspruch angenommen habe, übrigens keinen schriftlichen Befehl besitze; er verweigerte hierauf den ihm abgeforderten Schlüssel und entfernte sich zuletzt mit der Bitte, daß man sich an die Stadtdirektion selbst deshalb wenden möchte. Der Ausschuß, dem in-

zwischen ein Schlüssel zugestellt wurde, ließ nun in seinem Sitzungszimmer ein Protokoll über den Vorgang aufnehmen, worauf die Sitzung abgehalten worden ist. Dem Vernehmen nach wurde in dieser eine Adresse an den König beschlossen, in welcher die Bitte gestellt ist, das verfassungsbrüchige Ministerium zu entlassen, ein die Verfassung achtendes Ministerium zu berufen und durch dasselbe den gestörten Rechtszustand wieder herstellen zu lassen. (Beob.)

In dem heute Abend vertheilten „Staatsanzeiger" ist eine „Königl. Ansprache an das Volk" erschienen. Auch macht man sich jetzt auf ernstere Maßregeln der Regierung gegen den Ausschuß gefaßt, denn da ihn die Regierung als „illegitim", wie der „Staatsanzeiger" sagt, betrachtet, so wird sie auch ein ferneres Tagen desselben nicht dulden, und forttagen wird er, wie man hört, so lange er nicht gewaltsam daran gehindert ist. — Gestern war sämmtliches Militär in die Kasernen consignirt, eine indeß überflüssige Vorsichtsmaßregel, da, wenn auch einige Aufregung in den Gemüthern, doch äußerlich die größte Ruhe herrscht, die auf keinen Fall gestört werden wird, selbst wenn noch ganz andere Dinge geschehen würden, da jetzt eine volle politische Gleichgültigkeit obwaltet.

Karlsruhe, 7. Novbr. [Militärisches.] Nachdem bereits am 4. ein Bataillon des königlichen preußischen 20. Infanterieregiments hier einmarschirt war, ist gestern Abend ein anderes Bataillon vom königlichen preußischen 26. Infanterieregiment hier eingetroffen. Die genannten Truppentheile bleiben vorerst in hiesiger Garnison. — Das Kriegsministerium macht bekannt, daß der Generalstab der nach Preußen verlegten badischen Truppen von Berlin nach Münster verlegt wurde. (F. J.)

Dresden, 8. November. [Der Kassendefekt.] Wir erfahren mit Bedauern, daß die in Bezug auf den fehlenden Betrag in der Haupt-Staatskasse gehegten Hoffnungen sich nicht erfüllen, und glauben, bei dem Interesse, welches das Publikum mit Recht an dieser Angelegenheit nimmt, demselben folgende Thatsachen nicht vorenthalten zu dürfen. Bei der zunächst nur nach den Aufschriften der Packete, Säcke ꝛc., deren Inhalt als richtig vorausgesetzt, vorgenommenen Revision der Bestände hat sich hauptsächlich der Mangel von vier Packeten Banknoten, zu 20,000 Thaler jedes, ergeben, welche von dem betreffenden Kassirer noch am Schlusse vorigen Monats als vorhanden angegeben und aufzeichnet worden sind. Außerdem sind von ihm etliche und zwanzig Tausend Thaler, die bei ihm von einem Dritten blos deponirt waren, bei der Monatsrevision mit als Kassenbestände vorgewiesen worden. Endlich hat sich derselbe, nachdem er von der gegen ihn bevorstehenden Anzeige bereits Kenntniß gehabt hat, ungewöhnlicher Weise noch am letzten Sonntage allein in das Kassenlokal begeben. Dagegen liegt auch, abgesehen von der geflissentlichen Verheimlichung, zur Zeit kein Umstand vor, der es wahrscheinlich machen könnte, daß der Defekt, der dem Kassirer, seiner eigenen Aussage nach, bereits über Jahr und Tag bekannt ist, durch den Transport eines Theils der Gelder nach Neustadt, bei Gelegenheit der Maiunruhen v. J., entstanden sein könnte. (Leipz. Z.)

Die gestern hier angekommene Nr. 368 der Berliner Constitutionellen Zeitung ist mit Beschlag belegt worden.

Hannover, 9. Novbr. [Annäherung an Preußen.] Die wiederholten Angaben der Berliner Blätter über eine Annäherung zwischen Preußen und Hannover werden durch die auf bestimmten Vernehmen beruhende Nachricht unterstützt, daß der frühere preußische Gesandte und Minister Herr v. Schleinitz demnächst in gleicher Eigenschaft hierher zurückkehren wird.

Sicherm Vernehmen nach haben Se. Majestät der König am gestrigen Tage mehrere der votirten Gesetze zu vollziehen geruht. (Hannov. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

□ **Kiel,** 9. November. Bereits seit mehreren Tagen bringt uns jeder Zug ansehnliche Reihen von Cadres, welche hier einexerziert werden. Da es lauter Neunzehnjährige sind, so erblickt man unter ihnen noch unausgewachsene kindliche Figuren. In 3 Wochen sollen sie eingeübt sein, um vorerst zum Garnisondienste verwandt zu werden. So eben wurden wieder viele Beförderungen in der Armee vorgenommen. 7 Hauptleute sind zu Majors, 2 Premier-Lieutenants zu Hauptleuten, 28 Sekonde-Lieutenants zu Premier-Lieutenants und 21 Aspiranten zu Sekonde-Lieutenants befördert. Es scheidet jetzt ein baierscher Offizier nach dem andern von unserer Mitte aus. Deutsche Aerzte langen noch immer hier an und finden oft sofortige Anstellung. Das unbekannte Schicksal des Hauptmanns v. Ußlar-Gleichen bei Friedrichsstadt hat dessen Bruder aus Hannover veranlaßt, nach Kopenhagen und von da nach Friedrichsstadt zu reisen, um etwas Gewisses darüber zu erfahren. Er wurde aber in letzterer Stadt, trotz seiner Legitimationen, von Helgesen als Spion auf eine empörende Weise behandelt, so daß Seitens Hannovers hierüber Reklamationen erfolgen werden und müssen. Die hannoverschen und baierschen Offiziere sollen erklärt haben, ihren Degen abzugeben, falls sie gegen Schleswig-Holstein beordert werden sollten.

Oesterreich.

* **Wien,** 10. Novbr. Gestern wohnte der Kaiser mit seinen Brüdern, den übrigen Erzherzogen, der Generalität mit FM. Radetzky an der Spitze und einer großen Anzahl Notabilitäten, dem alljährlichen Seelenamt für die gefallenen Krieger, in der Kirche zu den Augustinern bei. Nach Beendigung des Gottesdienstes ließ der Kaiser die auf dem Josefsplatz aufgestellten Truppen bei sich vorbei defiliren.

[Eine Rede des Kaisers von Rußland.] Wir entlehnen der „Deutsch. Ztg. f. Böhmen" folgendes Schreiben aus Brünn, 7. Nov. Wenn wir auch den Heerden der politischen Pharmaceuten nicht nahe stehen, so ist es uns doch in der jüngsten Zeit durch eine besondere Vergünstigung der Verhältnisse möglich geworden, einen tieferen Einblick in die eben über der Glut befindlichen Retorten zu thun, als es vielen Anderen gegönnt war. Darnach können wir als unbezweifelt Folgendes mittheilen. — Die Warschauer Konferenz hatte nicht den Zweck zu entscheiden, ob sich das Zünglein der Wage mehr auf Seite Frankfurts oder Berlins neige. Der Impuls zu dieser Zusammenkunft ist weder vom Main oder der Donau, noch von der Spree ausgegangen, sondern wurde unmittelbar von St. Petersburg gegeben. Bei derselben hat der Kaiser von Rußland den erschienenen hohen Personen in ausführlicher Rede gezeigt, **daß die traurigen Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 nur in dem Verkennen der Ursachen der Märzrevolution des ersteren Jahres und den darnach genommenen Maßregeln der Regierungen ihren Grund hatten.** Nicht vom Volke sei jene ausgegangen, sondern von unzufriedenen oder unredlichen Glücksrittern angeregt, habe sie einen Theil des von täglicher Arbeit lebenden Volks und der warmblütigen Jugend, ja selbst der Altliberalen durch den Vorwand freie Staatseinrichtungen anzustreben verlockt, mit ihr gemeinsame Sache zu machen. Die Regierungen glaubend, dies sei ein Zeichen, daß der Kern der Bevölkerung eine Theilnahme an Ausübung der Majestätsrechte wünsche, ließen sich zu Konzessionen in diesem Sinne herbei. Allein die Folgen dieses Mißverständnisses traten bald hervor. Die verschiedenen konstituirenden Versammlungen, unbekannt mit den wahren Interessen der Gesammtheit, geriethen auf Abwege, das Volk erkannte (?) allmälig, daß es von ihnen nichts Gedeihliches zu erwarten habe und sagte sich los, — Mißtrauensadressen und Petitionen um Auflösung dieser Parlamente (!!) waren an der Tagesordnung. Als diesen immer lauter auftretenden Wünschen entsprochen wurde, kam zwar das der großen Masse fremde Agens in Etwas zur Ruhe. Was aber zurückblieb und die gefährlichsten Folgen befürchten ließ, das war der zerstörte Verband der Länder und Staaten. Denn die Regierungen hatten, gedrängt von den Revolutionsmännern, viele dieser mißliebigen Verhältnisse aufgelöst und die aus dem wechselseitigen Bedürfnisse und der Gleichartigkeit der Interessen hervorgegangenen freundschaftlichen Beziehungen abgebrochen. Die Wiederanknüpfung derselben schien ihnen im Hinblicke auf die dem liberalen Prinzipe inzwischen gemachten größeren oder geringeren Zugeständnisse, und die dadurch in dem Regierungssystem entstandenen Differenzen unthunlich. So wurde es der Bewegungspartei möglich, ihr Wirken im Verborgenen fortzusetzen und unter der großen Klasse Derjenigen, welche aus Mangel hinlänglicher Beurtheilungskraft ihren lockenden Lehren nicht auf den Grund zu sehen vermögen, neue Anhänger zu werben. Diesem verderblichen Treiben muß gesteuert werden, soll anders Europa dem drohenden Verfalle entgehen. — Darum sei es eine durch keinerlei Rücksichten zu beschränkende Pflicht der Regierungen, sich in jenem Prinzipe (d. i. im Despotismus) zu einigen, welches allein ihren Bestand zu sichern vermöge, welches auch den Völkern durch lange Gewohnheit zum Bedürfnisse geworden und für ihr Wohl gedeihlich sei. Denn diese hätten nach den Erfahrungen der letzten Jahre erkannt, daß eine Betheiligung an den Staatsgeschäften ihnen nur Nachtheil bringe. (Eine ächt russische Anschauung.) — Diese dargelegten Ansichten fanden **günstige Aufnahme (?) und die entsprechenden Maßregeln wurden beschlossen. Insbesondere wurde bezüglich Preußens, um dasselbe von der wenigstens der Theorie nach noch bestehenden Union zu befreien, festgesetzt, daß von den süddeutschen Staaten großartige Kriegsdemonstrationen gemacht werden sollten.** (Die deutschen Völker scheinen diese Demonstrationen nicht im russischen Sinne auffassen zu wollen.)

Großbritannien.

London, 6. Nov. [Die Ansicht der englischen ministeriellen Presse über die Konferenzen in Warschau.] Der „Globe" bringt einen langen Artikel über die Warschauer Konferenz und ihr vorläufiges Ergebniß (Entlassung des Herrn v. Radowitz). Sein erster Gedanke sei Staunen und Unwille gewesen, daß der Kaiser von Rußland ganz kühn die Rolle eines Schiedsrichters annehme und bei den deutschen Fürsten so prompte Anerkennung finde. Von Schwarzenberg habe ihn das nicht gewundert, aber Graf Brandenburg hätte sich nicht dazu hergeben sollen, Preußen in diesem Wetteifer zu vertreten. Dieser Schmach zu entgehen, hätten die deutschen Völker lieber auf dem Schlachtfelde sich die konstitutionellen Freiheiten erkämpfen sollen. Warschau sei jetzt gegen Peterburg, was Petersburg einst gegen Warschau, ein vorgeschobener Posten gegen die Kultur des Westens. Ein Resultat, was aus diesem Kongresse hervorgehe, sei unter andern, daß die übrigen europäischen Mächte die neue auf den Trümmern Deutschlands errichtete Macht mit der größten Eifersucht zu bewachen hätten. **Gagerns Programm, das Bündniß vom 26. Mai und endlich die Union seien gemäßigte, das Gleichgewicht nicht störende Projekte gewesen** und hätten sich daher der Zustimmung Lord John Russels erfreut. Jetzt würden diejenigen, die gegen Erfurt deklamirt hätten, vielleicht inne werden, „daß sie bei der Schöpfung einer Macht behülflich gewesen sind, **die viel furchtbarer ist, als ein halb Dutzend preußischer Sonderbünde** — eine Macht, die, wenn sie für sich bestehen kann, sich der Weltmonarchie mehr nähern wird, als eine seit Karl V., und, wenn sie nicht auf eigenen Füßen stehen kann, unter allen Umständen ein unwiderstehliches Werkzeug in der Hand ihres Pathen und Gönners, des russischen Kaisers, sein wird. Glücklicherweise ist die Schöpfung einer solchen Macht, die die Streitkräfte Oesterreichs, Deutschlands, Preußens, Ungarns, Oberitaliens unter den Befehl des Bundestages stellt, ein Punkt, über den die übrigen Mächte ein Wort mitzusprechen haben." Welche Aenderungen in dem Plane England verlangen müsse, solle in einem zweiten Artikel gezeigt werden.

Sie mögen es als zuverläßig annehmen, daß die Minister die ihnen von verschiedenen Seiten drohenden Gefahren durch eine beträchtliche Erweiterung des Stimmrechts zu pariren denken. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 8. Nov. [Tagesbericht.] Paris war heute den ganzen Tag in Allarm und zwar wegen folgenden Artikels, der sich an der Spitze der heutigen Nr. des „Journal des Debats" befindet: „Die Permanenz-Kommission hat gestern eine Sitzung gehalten. Sie beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Berathung eines sehr sonderlichen Ereignisses. Ein Mitglied hatte in der formellsten Weise erklärt, wie es zu seiner Kenntniß gekommen, daß am Abend des 29. Okt. 26 exaltirte Mitglieder der Gesellschaft des „Zehnten Dezember" eine außerordentliche Sitzung gehalten haben, in welcher der Plan berathen worden ist, den Präsidenten der National-Versammlung, Herrn Dupin und den Kommandanten en chef der Pariser Armee, Herrn Changarnier zu ermorden, da diese Zwei das größte Hinderniß für die Erfüllung der Pläne der Gesellschaft sind. — Dieser Plan soll mit Einstimmigkeit angenommen worden sein, und habe man alsdann durch das Loos diejenigen bestimmt, welche dieses doppelte Attentat ausführen sollten. — Nachdem der Präsident der Gesellschaft angezeigt, daß der Tag für die Ausführung später festgesetzt werden wird, trennten sich die Mitglieder. Nach den später stattgehabten Berathungen darf man annehmen, daß das Attentat am Tage der Parlaments-Eröffnung ausgeführt werden sollte. — Dies sind, wie wir erfahren, die seltsamen Enthüllungen, mit denen die Permanenz-Kommission gestern sich beschäftigt hat. Ehe die Commission auseinander ging, beauftragte sie drei ihrer Mitglieder, die Herren Baze, Leon Faucher u. Monet, sich zu dem Minister des Innern zu begeben, um ihm das Erstaunen der Kommission auszudrücken, daß die Behörde es unterlassen hat, den Präsidenten der National-Versammlung und den Kommandanten en chef von den Plänen in Kenntniß zu setzen, die gegen sie gesponnen werden, und daß keine Maßregeln ergriffen werden, um diese gefährliche Gesellschaft zu schließen."

Dies der Artikel der „Debats". Da nun der „Moniteur" heute ebenfalls das Auflösungsdecret der genannten Gesellschaft brachte, so brachte man natürlich den Artikel der „Debats" mit dem des „Moniteur" in Zusammenhang, und betrachtete den einen als die Consequenz des andern. Allgemein wurde der Tadel gegen das Gouvernement laut, welches, sagte man, sich nicht eher entschließen konnte, die Gesellschaft des „Zehnten Dezember", aufzulösen, bis es von den mordsüchtigen Plänen derselben überzeugt war.

Allein schon im Laufe des Tages stellte sich das Falsche in dieser ganzen Geschichte heraus. Der Polizei-Präfekt veröffentlichte folgendes Dementi in Bezug auf den Artikel der „Debats": „Die in dem vorstehenden Artikel angegebenen Thatsachen entbehren jeder Begründung; das behauptete Complott ist nichts weiter als eine Mystifikation, womit ein Agent, der nicht unter meinem Befehle steht, dupirt worden ist. Ich bedaure, jene Angaben nicht kontrolirt haben zu können, ehe sie der Oeffentlichkeit übergeben worden sind."

Andrerseits hat General Piat, der Präsident der aufgelösten Gesellschaft, in einem offenen Schreiben an die „Debats" gegen jene Angaben protestirt und auf sein militärisches Ehrenwort das Vorhandensein eines derartigen Complotts in Abrede gestellt.

So war denn wieder einmal „viel Lärm um Nichts."

In drei Tagen tritt die National-Versammlung zusammen. Die „Patrie" bringt die formelle Anzeige, daß die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten mit dem Verlesen der Botschaft des Präsidenten eröffnet werden wird.

Italien.

** **Rom,** 4. Novbr. In der bekannten Allocution des Papstes wird der Siccardischen Gesetze neuerdings mit scharfem Tadel gedacht; der Papst erwähnt, daß durch dieselben alte Uebereinkommen mit dem heiligen Stuhle einseitig verletzt worden sind. Auf die Vorgänge bei dem Tode Santa Rosa's übergehend, bemerkt er, daß die Diener der Kirche vollkommen in ihrem Rechte waren, als sie die Ausspendung der Sakramente von ihrem geistlichen Ermessen abhängig machten. In das Amt der Kirche und ihrer Diener habe sich die weltliche Macht niemals und unter keiner Bedingung einzumengen. Eben so widerrechtlich seien alle hieraus weiter hervorgegangenen Ereignisse, namentlich die Verhaftungen und Ausweisungen der beiden Erzbischöfe. Piemont wird schließlich ermahnt und gewarnt, es möge von dem betreffenden Pfade ablenken, und ausgesprochen, die Kirche werde ihrerseits keines der ihrem Schutze überwiesenen Rechte gefährden lassen.

* **Lecco,** 5. Nov. Truppweise langen hier vom Splügen täglich die für Neapel geworbenen Schweizer an, und werden von dem mit Weib und Kind hierher gezogenen Transport-Inspektor übernommen, verpflegt, dann in Stellwagen bis Monza, und von dort mit Umgehung Mailands nach Lodi befördert. Von da gehen sie nach Carossa, gegenüber von Piacenza. Bis jetzt sind auf diese Weise etwa 2000 Mann hier durchpassirt und es sollen noch 3000 nachfolgen.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 11. Novbr. Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist heute um 5¼ Uhr Abends in Begleitung der verwittweten Großherzogin und des Prinzen Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin hier eingetroffen. Die hohen Reisenden wurden auf dem Perron des oberschlesischen Bahnhofes durch den Herrn Ober-Präsidenten von Schleinitz und Se. Excellenz den Herrn General-Lieutenant von Lindheim empfangen und nach dem niederschlesisch-märkischen Bahnhofe geleitet. Gegen 6 Uhr fuhren die hohen Herrschaften nebst zahlreichem Gefolge nach Berlin ab.

Breslau, 11. November. Folgende Adresse ist in Folge der Ordre vom 6. November von hiesigen Einwohnern beschlossen worden:

Allerdurchlauchtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

In der verhängnißvollen Zeit, die über unser Land hereingebrochen ist, drängt es die ehrerbietigst Unterzeichneten, den Ausdruck der Gesinnungen treuer Unterthanen und aufrichtiger Freunde des Vaterlandes, zu den Füßen des Thrones Euer königlichen Majestät niederzulegen.

Es ist ein Krieg, der Preußen bevorsteht, ein Krieg, nicht allein mit Fremden und alten Feinden, sondern ein Krieg mit alten Verbündeten, mit Kindern des deutschen Gesammtvaterlandes, ein Krieg, dessen Umfang und Ende außer aller Berechnung liegt.

Wir verkennen nicht, daß das Elend, welches ein solcher Krieg droht, Grund genug ist, um durch schwere Opfer sich der Schuld zu entladen, dieses Elend hervorgerufen oder nicht vermieden zu haben.

Aber es handelt sich um die höchsten Güter des Staats, um die Ehre und den Stolz der Nation, um ihren Glauben an Wahrhaftigkeit des Wortes, um das Vertrauen, das König und Volk zu einem schönen und großen Ganzen verbindet. Der Erhaltung dieser Güter muß und wird das Volk **jedes** Opfer bringen und wir erklären uns freudig dazu bereit.

Schlesien und Breslau sind wohl befugt, hier ein Wort zu sprechen, denn seine Bewohner sind die ersten, die dieses Opfer werden bringen müssen. Schon einmal war der Thurm von St. Elisabet der Leuchtthurm der Ehre und der Vaterlandesliebe, der die Wege der Söhne des Vaterlandes leitete und erhellte.

Die Gebeine der Söhne Breslaus haben auf den Feldern von der Katzbach bis zum Montmartre gebleicht und an den Tagen der Andacht wenden noch heute in unseren Kirchen Väter und Mütter den thränenschweren Blick zu den Tafeln, in die der gerechte König den Namen ihrer gefallenen Kinder einschreiben ließ.

Königliche Majestät! **Wir sind noch dieselben.** Wir sind noch heute bereit, Gut und Blut auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen.

Vertrauen Euer königliche Majestät dem Muthe und der Festigkeit Ihres Volkes, mit dem wir jedem Sturme stehen werden. Erheben Euer königliche Majestät das alte Banner Ihres Hauses und Volkes zu entschlossener That, zum Schutze für ein tiefgekränktes Recht, für eine tiefgekränkte Ehre, für alte deutsche Treue und Glauben, um als **ein** Mann mit Ihrem treuen Volke das reine Weiß dieses Banners bis in die schwarze Nacht des Todes hinein gegen jeden Flecken zu wahren.

Euer königliche Majestät haben uns zu einem Volke freier Männer erhoben.

Es ist die Zeit da, daß wir uns dessen werth zeigen und mit Gott für König und Vaterland sterben. Wohlan! wir sind bereit dem Worte unsers Königs und Herrn zu folgen, wenn es zu ehrenvollem Tode ruft.

Breslau, den 11. November 1850.

Euer Königlichen Majestät
allerunterthänigste
(folgen die Unterschriften).

Die Freiwilligen von 1813.

Als von dem Ministerrath des 2. November das Wort: Friede ausgesprochen wurde, da durchdrang ein drückendes Gefühl des Unbehagens alle Schichten des Volkes, und der Freiwillige von 1813 band einen Trauerflor um die bestaubte Waffe oder bezeichnete mit einem schwarzen Kreuz in seinem Kalender die Tage der sonst so heiteren Feste des 2. Mai, des 18. Juni und andere, an welche er so gern die Erinnerungen seiner Jugend knüpfte. Doch, kaum war das Wort Friede verklungen, da erging der Ruf zur schleunigsten Kriegsrüstung durch das ganze Land, und — leichter schlug das Herz auch des Friedfertigsten! — Nun, sind denn die alten grauköpfigen Freiwilligen mit einem Male Raufbolde geworden? sind sie des schönen köstlichen Friedens überdrüßig am Abend ihres Lebens, dessen sie so harmlos im kräftigen Mannesalter sich erfreuten? — das glaubt wohl Keiner! Sie schätzen und lieben den Frieden auch heute noch, aber ihr Gedächtniß reicht bis zu den Zeiten tiefer Schmach; die vor beinahe 40 Jahren sie, die Friedfertigen, gegen einen kriegsgeübten Feind in den Kampf führte. Alljährig am 2. Mai gedenken sie in stummer Wehmuth des dahingeschiedenen Fürsten und der Worte, mit denen er sie zu seinen Fahnen rief. Sie rufen diese unsterblichen Worte in ihr Gedächtniß zurück in einer Zeit, die so manchen Vergleichungs-Punkt mit jener darbietet. — Funkelt Preußens Stern etwa heut glänzender, als zur Zeit jenes königlichen Aufrufs? Gilt Preußens Wort in Deutschland etwa mehr als damals? — Was ist es, was uns die Freude am Frieden verbitterte, was uns sogar mit dem Kriege versöhnt, dessen schwere Opfer und verderbliche Wechselfälle wir wohl kennen; — in dem unsre Söhne ihr Herzblut verspritzen sollen? Das Bewußtsein ist es, daß die traurige Zerrissenheit politischer Meinungen, das drückende Mißtrauen, welches den Deutschen von seinem Bruder scheidet und Volk und Fürsten trennt, endlich schwinden werden in dem gemeinsamen Gefühl, daß Preußens Kraft, Preußens Ehre durch das Schwert seines treuen Heeres sichrer bewahrt sein werden, als durch die Feder seiner Diplomaten; die Hoffnung ist es, daß im blutigen Schlachtenkampf es endlich klar werden müsse, zwischen Deutschlands Stämmen: wer Freund, wer Feind!

Und wo werden die Freiwilligen von 1813 stehen in diesem blutigen Kampfe, der sich vorbereitet? Treu, unverbrüchlich treu bei ihrem Könige, treu bei dem Sohne des Fürsten, der ihnen voranleuchtete im Kampfe für Preußens Ehre nnd Recht! „Doch kennen sie ihn denn schützen, den Sohn ihres dahingeschiedenen Führers, gegen die feindlich Macht, die ihn von allen Seiten umringt? die der Bande des Blutes, der Stimme der Dankbarkeit spottet, und Schmach und Hohn auf Preußens Thron und Volk häuft? In ihren Adern fließt nicht mehr das Blut rüstiger Jugend, ihr Arm ist erlahmt, ihr Haar ergraut, und graue Locken mögen immerhin den Feldherrn zieren, aber sie sind kein Zeichen der Kraft seines Heeres!" — Wohl ist ihr Arm erlahmt, ihr Haar erbleicht; aber sie bringen Besseres zum Opfer auf den Altar des Vaterlandes — ihre Söhne! darum blicken sie mit Zuversicht auf Preußens Heer, denn sie lehrten ihre Söhne, „daß der Preuße nicht leben kann ohne Ehre"! Darum blicken sie getrosten Muthes dem Feinde ins Angesicht, darum ziehen sie den Krieg einem Frieden vor, ohne Ehre! —

Nun so werft denn, meine Kameraden! Alles hinter Euch, was Euch entzweien, was Euch muthlos, was Euch mißtrauisch machen könnte. Vergeßt der Parteien Zwist und Hader; blickt zurück auf die Jahre der Jugend, wo Fürst und Volk unter einem Banner kämpfte, und durch treue Hingebung den starken Feind bezwang; wie damals, treffe die Jugend Verachtung, die nicht kampfbereit zu den Fahnen eilt, die Preußens Ehre, das Vermächtniß ihrer Väter, wahren sollen! Blickt auf die Feldherren unsres tapfern Heeres, sie waren unsre Kampfgenossen, sie werden unsern Söhnen treue Führer sein auf der Bahn der Ehre und des Rechts; — wie damals, gilt es, das Vaterland und Preußens Thron zu schirmen, wie damals gilt es, zu siegen oder im ehrenvollen Kampfe unter zu gehn! drum sei Euer Wahlspruch:

Treue dem Könige, Treue dem Vaterlande! —

Ein Freiwilliger des Jahres 1813.

*** **Breslau,** 11. November. [Theater.] Am nächsten Mittwoch, an dem Geburtstage unserer Königin, bringt unsere Bühne zum ersten Male Gottschall's Schauspiel „**Major v. Schill**" zur Aufführung. Das Stück, das bereits auf den meisten Bühnen in Preußen mit gutem Erfolge gegeben worden, gewinnt jetzt, wo das preußische Volk unter die Waffen gerufen wird, eine erhöhete Bedeutung, denn es erinnert uns an einen echten und großen Kriegshelden Preußens. Und wahrlich, bei der Demüthigung, die unserm tapfern Volke in der letzten Zeit von seinen übermüthigen Nachbarn zu Theil geworden, thut uns die Erinnerung an Heldenthaten, wie die eines „Schill" gar sehr Noth. Der edle Patriotismus, der diesen Krieger in der Zeit der Noth und des Drangsals für die Ehre des Vaterlands so hoch begeistert hat, dieser Patriotismus, er muß uns jetzt vorleuchten, wo man die Ehre des preußischen Namens mehr als je mit Füßen zu treten wagt.

Unter solchen Verhältnissen kann unsere Bühne das königliche Geburtsfest nicht würdiger feiern, als indem sie an diesem Tage ein Stück zur Aufführnng bringt, das die Vaterlandsliebe in den Gemüthern wach ruft. Die Direktion hat aber auch die Hälfte der Einnahme von dieser Vorstellung für unbemittelte Familien eingezogener Landwehrmänner bestimmt, und so zweifeln wir nicht, das Haus am Mittwoch Abend recht gefüllt zu sehen.

Von dem Verfasser des „Schill" ist vor einiger Zeit eine Tragödie „Lambertine von Mericourt" erschienen, auf die ich die Lesewelt bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen will. Eine Besprechung des Buches wird später erfolgen.

† **Schweidnitz,** 10. November. [Die Mobilisirung der Armee. — Sieg der konstitutionell Gesinnten.] Der Ruf zu den Waffen, der durch Preußen erklungen, hat, wie im ganzen Lande, so auch bei uns den lebhaftesten Anklang gefunden. Alles jubelt, daß die Regierung endlich Schritte thut, um die Ehre und die Selbständigkeit des konstitutionellen Preußens zu retten. Oesterreich und Rußland, so denken, so fühlen wir hier, spannen alle Segel, um dahin zu gelangen, die letzte Spur des konstitutionellen Lebens aus Deutschland zu verbannen. Ein Krieg gegen diese Mächte ist daher der Kampf des Konstitutionalismus gegen den Absolutismus. Von diesem Standpunkte ausgehend, verläßt jeder freudig den heimatlichen Heerd, um Gut und Blut dem Vaterlande zu opfern, wenn er auch schmerzlich empfindet, daß er einen Erwerb, den er später vielleicht nicht wiederfindet, daß er eine, nur durch eigene Thatkraft ergiebige Wirthschaft, daß er schutzlos Weib und Kind, vielleicht auf Niemals-Wiedersehen, und nur zu oft in Noth und Nahrungssorgen verlassen muß. Doch durchglüht, bewußt oder nur gefühlt, Alle das Wort eines großen Mannes:

„An's Vaterland, an's theure schließ Dich an,
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen!"

So edle National-Gefühle! möge mit ihnen kein Spielwerk getrieben werden!

Nimmt der Ernst der neuesten Zeit auch unsere Aufmerksamkeit fast ausschließlich in Anspruch, so wollen wir einen Akt doch nicht unerwähnt lassen, der ein treffendes Bild hiesiger Zustände giebt. Am 9. dieses Monats fand die Neuwahl eines Deputirten zur zweiten Kammer an Stelle des ausgeschiedenen frühern Deputirten, Landrath Rupprecht, statt. Die Wahlmänner der Kreise Schweidnitz, Striegau und Neumarkt, hatten sich zum angegebenen Zwecke in Striegau versammelt. Die absolut-konservative Partei hatte den Baron v. Lüttwitz auf Gorkau, die konstitutionelle den Professor Baron v. Richthofen als Kandidaten aufgestellt. Trotz wahrhaft aufopfernder Bemühungen der erstern Partei erhielt Herr v. Richthofen 191, Herr v. Lüttwitz 114 Stimmen.

† **Neisse,** 10. Nov. [Aus Oesterreich.] Ohne uns für die Nachricht verbürgen zu wollen, theilen wir mit, daß in voriger Woche österreichische Notabilitäten, die aus Gräfenberg zu uns herüber kamen, von der in der Ausführung begriffenen Zusammenziehung größerer Truppenmassen in österreichisch Schlesien u. a. auch bei Freiwalde sprachen. Freiwalde wird als Hauptquartier bezeichnet. — Von den aus den benachbarten österreichischen Ortschaften zu dem gestrigen Wochenmarkte eingetroffenen Gewerbs- und Handelsleuten ist die Nachricht hier verbreitet worden, daß in dem drei Meilen von Neisse entfernten kaiserl. Grenzstädtchen Zuckmantel, welches sonst keine Garnison hat, österreichische Kürassire eingerückt seien.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 10. November. [Die preußische Bank] hat unter dem 8. November an die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft die Mittheilung gerichtet, daß sie sich bewogen gefühlt habe, den Zinssatz, welcher seit Anfang dieses Jahres für längere Wechsel der Provinzialbankplätze auf Berlin auf 3 pCt. ermäßigt war, gegenwärtig wieder auf den früheren Zinsfuß von 4 pCt. zu erhöhen. — Ein Gerücht, daß

die Bank von dem in den Bank-Obligationen ihr vorbehaltenen Recht, nur gegen dreimonatliche Kündigung die eingelegten Kapitalien zurückzuzahlen, Gebrauch machen werde, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Es werden fortwährend alte Bank-Obligationen sofort eingelöst. Eben so wechselt die Bank das ihr präsentirte Papiergeld sowohl gegen Silber, wie auch gegen Gold ohne alle Umstände aus. (Sp. Z.)

Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche vom 3. bis 9. November d. J. wurden befördert 6815 Personen und eingenommen 19791 Rtlr.

Neisse-Brieger Eisenbahn. In der Woche vom 3. bis 9. November d. J. wurden befördert 1396 Personen und eingenommen 1133 Rtlr.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche vom 3. bis 9. Novbr. d. J. wurden befördert 1724 Personen und eingenommen 2527 Rtlr.

Wilhelms-Bahn. In der Woche vom 2. bis inc. 8. Novbr. d. J. wurden befördert 1322 Personen und eingenommen 2738 Rtlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn. In der Woche vom 3. bis 9. Novbr. d. J. wurden befördert 2681 Personen und eingenommen 3049 Rtlr. 14 Sgr. 9 Pf.

Niederschlesische Zweigbahn. Auf der Niederschlesischen Zweigbahn wurden im Oktober d. J. für 8274 Personen und 20611 Ctr. Güter 6493 Rtlr. 25 Sgr. 6 Pf. eingenommen.

Inserate.

Durch die allerhöchst befohlene Mobilmachung der königlich preußischen Armee wird die Anstellung einer großen Anzahl von Aerzten und Wundärzten, sowohl für die Truppen, als auch für die Feld-Lazarethe, nothwendig.

Diejenigen geeigneten Individuen, welche — wenngleich nicht mehr zum Militärdienst verpflichtet — für die Dauer dieses Verhältnisses eine solche Anstellung zu erhalten wünschen, um dem Vaterlande in diesem wichtigen Berufe ihre Kräfte zu weihen, wollen sich persönlich oder schriftlich, unter Einreichung der erforderlichen Ausweise über ihre seitherigen Verhältnisse und über die etwa bereits bestandenen ärztlichen oder wundärztlichen Prüfungen, entweder direkt an den Unterzeichneten oder an den betreffenden Herrn Corps-General-Arzt der Provinz ohne Zeitverlust wenden.

Berlin, den 9. November 1850.

Der Chef des Militär-Medizinalwesens. Dr. Lohmeyer.

Bei den durch die allerhöchst befohlene Mobilmachung des preußischen Heeres in Aussicht stehenden kriegerischen Ereignissen erlaubt sich der Unterzeichnete darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig für die Militär-Heilanstalten ein hinreichender Vorrath an guter Charpie und an alter, rein gewaschener und gerollter Leinwand ist, und wie schwierig, ja fast unmöglich, die Beschaffung des Bedarfes an diesen Gegenständen in geeigneter Qualität durch Ankauf ist.

Nur der Milde und Menschenfreundlichkeit der edlen Frauen und Jungfrauen unseres Vaterlandes mag es gelingen, diesem Bedürfnisse in entsprechender Weise abzuhelfen, indem sie die in ihrem Besitze befindliche alte schadhafte Leinwand theils zur Anfertigung von Charpie verwenden, theils zu Verbandleinwand bestimmen, und dazu im Kreise ihrer Bekannten anregen.

Alles, was an diesen Gegenständen ihre liebevolle Fürsorge den Militär-Heilanstalten zuzuwenden geneigt ist, wird aus den Berlin nahe gelegenen Provinzen unter der Adresse:

„An das königlich medizinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelms-Institut zu Berlin, Friedrichsstraße Nr. 141 (Verband-Gegenstände für die Militär-Lazarethe),"

aus den entfernteren Provinzen aber unter der Adresse:

„An den Ober-Stabsarzt bei dem stellvertretenden General-Kommando (resp.) in Königsberg, Stettin, Magdeburg, Posen, Breslau, Münster, Koblenz (Verbandgegenstände für die Militär-Lazarethe)"

mit innigem Danke angenommen und für dessen zweckmäßige Vertheilung Sorge getragen werden.

Berlin, den 9. November 1850.

Der Chef des Militär-Medizinalwesens. Dr. Lohmeyer.

Bekanntmachung.

In Folge Aufrufs des Chefs des königl. Militär-Medizinalwesens d. d. Berlin, den 9. November d. J. an die Milde und Menschenfreundlichkeit der edlen Frauen und Jungfrauen unsers Vaterlandes:

bei den, durch die allerhöchst befohlene Mobilmachung des preußischen Heeres in Aussicht stehenden kriegerischen Ereignissen die Militär-Heilanstalten mit Charpie und alter rein gewaschener und gerollter Leinwand versorgen zu helfen,

erklären wir uns bereit, diesfällige Liebesgaben zu jeder Zeit auf dem Rathhause in der Dienerstube anzunehmen und an die Behörde weiter zu befördern.

Breslau, den 11. November 1850.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Einrichtung, nach welcher:

1) jede hierorts wohnende Dienstherrschaft gegen Vorauszahlung von 15 Sgr. auf **ein** Jahr die Berechtigung zu unentgeltlicher Kur und Verpflegung eines in ihrem Dienste erkrankten Dienstboten in unserem Krankenhospitale zu Allerheiligen erlangt;
2) auch jedem Dienstboten freisteht, sich in eigenem Namen durch Einzahlung von 15 Sgr. zu freier Kur und Verpflegung für den Fall zu abonniren, daß er im hiesigen Gesindedienste oder innerhalb 14 Tagen nach dem Abzuge aus demselben hierorts erkranken sollte,

laden wir zu diesem Abonnement auch **für das Jahr 1851** hiermit ein. Die Bedingungen sind die bisherigen, nämlich:

1) Herrschaften, welche mehr als **einen** Dienstboten halten und für alle das Recht auf freie Kur und Verpflegung erwerben wollen, haben nur für einen derselben 15 Sgr., für jeden andern 10 Sgr. zu zahlen.
2) Die Zahlung des Abonnements-Betrages ist für das ganze Jahr 1851 im Voraus zu leisten und wird solche gegen Bescheinigung angenommen:
   in der Buchhalterei des Krankenhospitals,
   in der städtischen Instituten-Hauptkasse im Rathhause, und
   in der Armenhaus-Buchhalterei.
3) Wenn im Laufe des Jahres ein Wechsel in der Person des abonnirten Dienstboten stattfindet, so tritt der anderweitig angenommene, insofern er derselben Kategorie angehört, in die Stelle des abgehenden.
4) Das Recht auf freie Kur und Pflege für das Jahr 1851 tritt mit Ablauf der ersten 14 Tage nach geschehener Zahlung ein, vom 1. Januar 1851 ab, also nur dann, wenn der Abonnementsbetrag bis zum 17. Dezember 1850 entrichtet worden ist. Wer erst im Laufe des Jahres 1851 abonnirt, entrichtet gleichwohl den vollen Jahres-Betrag.
5) Die Kosten des Transports der Kranken in das Hospital werden von der Hospital-Verwaltung nicht übernommen.

Für die Dienstboten, welche nicht abonnirt sind, bleibt die reglementsmäßige Kurkosten-Vergütigung im Falle ihrer Aufnahme in das Hospital zu berichtigen.

Breslau, den 4. November 1850.

Die Direktion des Krankenhospitals zu Allerheiligen.

Bitte

um milde Beiträge zur Unterstützung der Armen mit Holz für den kommenden Winter.

Im Vertrauen auf die Wohlthätigkeit der hiesigen Einwohner, welche uns zeither in den Stand gesetzt hat, die Armen hiesiger Stadt neben der monatlichen Geldunterstützung alljährlich noch mit etwas Holz für den Winter zu versorgen, haben wir die gewöhnliche Sammlung milder Beiträge zu diesem Zweck durch die Herrrn Bezirksvorsteher und Armenväter wiederum veranlaßt. Indem wir solches hiermit bekannt machen, ersuchen wir alle hiesigen wohlthätig gesinnten Einwohner ergebenst und angelegentlichst

durch milde Gaben zur Unterstützung der Armen mit Holz im bevorstehenden Winter wohlwollend und menschenfreundlich beizutragen.

Breslau, den 31. Oktober 1850.

Die Armen-Direktion.

An Beiträgen für Schleswig-Holstein sind ferner eingegangen: von der Bürgerwehr-Komp. des Börsen-Bez. 56 Rtl. 23 Sgr. 3 Pf., H. S. R. 4 Sgr., Milch, Friedr.-Wilh.-Str. 7/8 2 Rtl., C. T. Löbbecke u. Komp. 10 Rtl., Gust. Brecht in Lissa 1 Rtl., Perini u. Komp. (a. d. Büchse) 3 Rtl. 6 Sgr.; an wöchentl. Beiträgen a. d. Häusern: Ketzerberg 21 für 3 Wochen 1 Rtl. 22 Sgr. 6 Pf. Graben 12 15 Sgr., Albrechtsstraße 56 3 Rtl. 5 Sgr. 6 Pf., Schuhbrücke 53 26 Sgr., Feldgasse 8 1 Rtl., Fischergasse 15 (d. Fr. Müller) für 4 Wochen 1 Rtl. 4 Sgr.

Zusammen	81 Rtl.	16 Sgr.	3 Pf.
Bereits angezeigt:	5224 „	27 „	10 „
Summa	5306 Rtl.	14 Sgr.	1 Pf.

Das Unterstützungs-Komitee.

Theater-Nachricht.

Dinstag den 12. Novber. 38ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Bei erhöhten Preisen. Zum fünfzehnten Male: **„Der Prophet."** Große Oper in fünf Akten, Musik von Meyerbeer. — Die Preise der Plätze, welche bei dieser Oper, der großen Ausstattungs- und jedesmaligen sehr bedeutenden Abendkosten wegen fortdauernd erhöht werden müssen, sind: Ein Platz in den Logen des ersten Ranges, ein numerirter Sitzplatz im Balkon, ein Stehplatz im Balkon, ein Platz in den Parquet-Logen, ein numerirter Parquet-Sitz 1 Rthlr.; ein Platz in den Logen des zweiten Ranges 22½ Sgr.; ein numerirter Sitzplatz im Parterre 22½ Sgr.; ein Platz im Parterre 15 Sgr.; ein Platz in den Gallerie-Logen 10 Sgr.; ein Platz auf der Gallerie 7½ Sgr.

Mittwoch den 13. Novbr. Bei aufgehobenem Abonnement. **Zur Allerhöchsten Geburtsfeier Ihrer Majestät der Königin.** 1) Jubel-Ouverture. 2) Ich bin ein Preuße, Lied von Neithardt, gesungen von sämmtlichen Solosängern und dem Männerchor der hiesigen Oper. 4) Fest-Marsch von Mendelssohn-Bartholdy, aus dem „Sommernachts-Traum." 4) Zum ersten Male: **„Ferdinand von Schill."** Geschichtliches Trauerspiel in 5 Akten von Rudolph Gottschall.

Die Hälfte der heutigen Einnahme ist zur Unterstützung hülfsbedürftiger Familien der ausrückenden Wehrmänner des Breslauer Landwehr-Bataillons bestimmt.

Jeder Mehrbetrag wird zum Besten der zu Unterstützenden dankbar angenommen.

Bestellungen auf Billets zu festen Plätzen für diese Vorstellung werden im Theater-Bureau angenommen.

Section für Obst- und Garten-Bau.

Mittwoch, den 13. Novbr, Abends 6 Uhr. Versammlung zu gegenseitigen Mittheilungen der im vergangenen Sommer gemachten Erfahrungen.

Ein Probe-Exemplar der **sofort erscheinenden Lithographie:**

Schwur auf die Verfassung,

gezeichnet von Bürde,

empfehlen wir zu geneigter Ansicht und Subskription.

F. Karsch, Kunsthandlung.

Zwei Reitpferde sind zu verkaufen: Rosenthaler Straße Nr. 13.

Als Verlobte empfehlen sich:

Gottliebe Moll.
Erdmann Becker.

Ohlau und Oels, den 10. Novbr. 1850.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Abend 6 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner Frau von einem gesunden Knaben, beehrt sich hiermit, statt jeder besondern Meldung, ergebenst anzuzeigen:

Hoffmann, Kreisrichter.

Neusalz a. d. O., den 9. Novbr. 1850.

Entbindungs-Anzeige.

Am 7. d. Mts. wurde meine geliebte Frau Ulrike, geb. Neugebauer, von einem Knaben glücklich entbunden. Dies statt besonderer Anzeige.

Beuthen Oberschl., den 9. Novbr. 1850.

Mader, Rechts-Anwalt und Notar.

Todes-Anzeige.

Am 10. d. M. früh 6½ Uhr verschied nach kurzem Leiden am Lungenschlage der Partikulier Karl August Mökel im 63sten Lebensjahre. Dies zeigt, statt jeder besonderen Meldung, an:

Die tiefbetrübte Wittwe.

Breslau, den 11. November 1850.

Todes-Anzeige.

Am 8. d. M., Mittags 12 Uhr, entschlief sanft nach jahrelangen Leiden zu einem bessern Sein unser innig geliebter Gatte und Vater, der kath. Schulrektor Joh. Emanuel Grosser, in dem Alter von 52 Jahren und 9 Monaten. Dies zeigen im Gefühle des tiefsten Schmerzes allen Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an:

die Hinterbliebenen.

Polkwitz, den 9. November 1850.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Mit tief betrübtem Herzen zeigen wir unsern Verwandten und Freunden hiermit an, daß gestern Abend gegen 7 Uhr unsere liebliche, kleine Tochter Clementine, im noch nicht vollendeten 2ten Jahre, in Folge der Bräune verschieden ist. Breslau, den 10. Novbr. 1850.

Louis Kliche.
Clementine Kliche, geb. Scheder.

Der Königin Elisabeth-Verein.

General-Versammlung Mittwoch den 13. d.

Der Vorstand.

Ein neuer, starker Handwagen mit eisernen Axen, steht zum Verkauf: am Wäldchen Nr. 10.

Tempelgarten.

Mittwoch den 13. Novbr. **großes Casino.**

Alexander Herrmann.

AVIS.

Ein durch schon langjährige, praktische Erfahrung sehr befähigter und zur ärztlichen sowohl, als zur wundärztlichen und geburtshülflichen Praxis berechtigter Arzt kann nachgewiesen und in jeder Beziehung mit gutem Gewissen empfohlen werden. Sollte nun in irgend einer, wenn auch kleineren, Stadt oder bedeutenderen Landgegend oder bei Dominien das wirkliche Bedürfniß, einen Arzt zu besitzen, vorhanden sein und eine genügende Praxis in sicherer Aussicht stehen, so beliebe man den Bescheid darüber versiegelt und unter der portofreien Adresse: **Z. R. Z. poste restante** Breslau, binnen 3 Wochen gefälligst abzugeben.

100 Thlr. Belohnung.

Ein Collier, Brillanten in Silber gefaßt, mit goldenen Oesen, ist abhanden gekommen. Wer dasselbe wiederschafft, erhält obige Belohnung.

Näheres Schuhbrücke Nr. 8, zweite Etage.

Ein Wirthschaftsbeamter, der einen Posten sofort übernehmen kann, ist zu erfragen Junkernstraße Nr. 2, im 2. Komtoir, **par terre.**

Ein Mann im kräftigsten Alter mit besten Zeugnissen, welcher im Speditionsfach, Korrespondenz, Buchführung, namentlich aber im Kohlengeschäft Kenntniß besitzt, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen ein passendes Engagement. Derselbe hat über 2 Jahre von den besten Gruben Oberschlesiens die Verladung der Kohlen geleitet. Das Nähere beim Kaufmann Herrn **C. Meisse,** Altbüßerstraße Nr. 60, 2 Treppen.

Als Haushälter sucht ein noch rüstiger, vom Militärdienst freier Mann ein Unterkommen; derselbe verpflichtet sich zugleich alle vorkommenden kleinen Hausreparaturen eigenhändig zu besorgen. Auskunft ertheilt die Vermiethsfrau Persitzky, Schmiedebrücke Nr. 51.

Hopfen-Verkauf.

Fünfzig Centner Hopfen, diesjähriger Ernte, von vorzüglicher Beschaffenheit, sind in Kaltwasser bei Liegnitz zu verkaufen.

Kaltwasser, den 9. November 1850.

Das Wirthschafts-Amt.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber den Nachlaß des Handlungs-Buchhalters C. F. Rudolph Sander ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger,

auf den 15. Februar 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Appellations-Gerichts-Referendarius Goltz in unserem Parteien-Zimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt worden.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt, und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Breslau, den 22. Oktober 1850.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 34 der Schmiedebrücke belegenen, dem Kaufmann Julius Hoffrichter gehörigen, auf 7015 Rtl. 6 Sgr. 2⅔ Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 13. Mai 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Rath Pflücker in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die Verwalter der Jakob Strubischen Stiftung vorgeladen.

Breslau, den 30. September 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Landschaft wird der Fürstenthumstag für den Weihnachts-Termin am 25. November d. J. eröffnet und die Einzahlung der Pfandbriefs-Zinsen bei der hiesigen Landschaftskasse vom 17. bis inclusive 24. Dezember erfolgen, die Auszahlung derselben aber an die Einlieferer der Zins-Coupons vom 24. Dezember bis inclusive den 5. Januar 1851, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, stattfinden.

Hierbei machen wir die Inhaber von mehr als 5 Coupons oder Einziehungs-Recognitionen zugleich darauf aufmerksam, dass dieselben mit den Documenten eine Consignation einzureichen haben, in welcher Nummer, Litera und Zinsenbetrag der Coupons, Pfandbriefsbezeichnung, Kapitalsbetrag, Fälligkeits-Termin und Benennung des betreffenden Systems zu vermerken ist.

Ratibor, den 29. October 1850.

Fürstenthums-Landschaft von Oberschlesien.

(gez.) Freiherr von Seherr-Thoss.

Proklama.

Der Destillateur Moritz Sachs hierselbst ist mit Hinterlassung eines geringfügigen Vermögens flüchtig geworden und über dasselbe, unter Sistirung der Partikular-Klagen, heute der förmliche Konkurs eröffnet. Zur Feststellung des Schuldenstandes werden alle Diejenigen, welche an den genannten Moritz Sachs und dessen zurückgelassenes Vermögen aus irgend einem rechtlichen Grunde Forderungen und Ansprüche zu haben vermeinen möchten, hierdurch geladen, solche in einem der zu deren Anmeldung auf

den 29. November, 20. Dezbr. d. J. und 17. Januar künftigen Jahres,

jedes Mal Morgens 10 Uhr,

angesetzten Termine anzumelden und gehörig zu beglaubigen, auch etwaige Vorzugsrechte auszuführen, bei Vermeidung der in dem letzten Termine zu erkennenden Präklusion.

Auswärtige Gläubiger werden zugleich aufgefordert, zu ihrer Vertretung hierselbst Bevollmächtigte zu den Akten zu bestellen; widrigenfalls sie zu den im Verlaufe des Konkurs-Verfahrens vorkommenden Verhandlungen nicht werden zugezogen, vielmehr an die ordnungsmäßigen Beschlußnahmen der hier anwesenden oder gehörig vertretenen Gläubiger werden gebunden werden.

Greifswald, den 31. Oktober 1850.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Heilbronn im Königreich Würtemberg.

Erben-Aufruf.

Die am 12. April d. J. in einem Alter von 64 Jahren kinderlos verstorbene Gattin des Kanzleiraths Karl Gottlob Scholz dahier, Johanne Dorothea Wilhelmine, geb. Koch, hat in einem am 2. Juli 1830 mit ihrem Ehegatten gegenseitig errichteten und am 10. Juli 1850 vor der Behörde hier eröffneten förmlichen Testamente ihren überlebenden Ehegatten als einzigen Erben ihrer Verlassenschaft eingesetzt.

Die Erblasserin war die einzige Tochter der am 21. November 1800 im Alter von 60 Jahren in der Garnison Schweidnitz, (in Schlesien,) wo er als Unteroffizier in einem Infanterie-Regiment diente, gestorbenen Heinrich Koch aus Eisfeld, und der Marie Elisabet, geb. Niemann, aus Breslau gebürtig. Ob und welche erbfähige Verwandte aber noch vorhanden seien, ist dem Gerichte, wie dem Wittwer, unbekannt.

Es ergeht daher an die allenfalls vorhandenen Seitenverwandten der Erblasserin auf diesem Wege die Aufforderung, sich binnen 45 Tagen bei dem hiesigen Waisengerichte zu melden, ihre Blutverwandtschaft zu dokumentiren und sich über das vorliegende Testament zu erklären, widrigenfalls dasselbe nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist vollzogen werden würde.

Den 29. Oktober 1850.

Königl. Gerichts-Notariat und Waisen-Gericht.

vdt. Gerichts-Notar Bauer.

Verkaufs-Anzeige.

Donnerstag den 14. Novbr. d. J. Vormittags 10 Uhr sollen in dem hiesigen königlichen Burgfeld-Magazin eine Partie alte Bauhölzer und Bretter, so wie 6 Scheffel Fußmehl öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Breslau, den 12. Novbr. 1850.

Königl. Proviant-Amt.

Bock-Verkauf.

In der, seit dem Jahre 1842 zu Weichnitz, 1½ Meile von Gr. Glogau, und ½ Meile vom Bahnhof Klopschen aufgestellten Stammheerde beginnt der Verkauf der 2jährigen Böcke für dieses Jahr mit dem 20. November. Auch können 100, zur Nachzucht taugliche Mutterschafe abgelassen werden. Die Heerde ist nicht nur frei von der Traber-Krankheit, sondern auch sonst vollkommen gesund. Das Schurgewicht ist bisher durchschnittlich 14 bis 15 Stein pro 100 Stück gewesen.

Das Wirthschafts-Amt Weichnitz.

Konrad.

Waldwoll-Sohlen,

welche die Füße warm und trocken halten,

Waldwoll-Leibbinden,

Waldwoll-Matratzen,

von wohlseilster Sorte an, Decken ꝛc. empfiehlt die Waldwoll-Niederlage

C. G. Fabian, Ring Nr. 4.

Wissenschaftliche Vorträge.

Während des bevorstehenden Winters haben wir beschlossen, wieder wie früher öffentliche Vorlesungen zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse in grösseren Kreisen zu veranlassen. Dieselben werden diesmal **Sonntags** von 5 bis 6 Uhr im Musiksaale der Universität stattfinden, und zwar haben sich die Herren geheime Rath Prof. Dr. **Stenzel,** Prof. Dr. **Braniss** und Prof. Dr. **Frankenheim** jeder zu 6 Vorträgen bereit erklärt. Herr **Stenzel** wird über europäische Geschichte von 1807—1813, Herr **Braniss** über den Entwickelungsgang der deutschen Nationalbildung während der letzten hundert Jahre und Herr **Frankenheim** über Gegenstände der Physik, unterstützt durch Experimente, sprechen.

Herr geh. Rath **Stenzel** beginnt nächsten **Sonntag,** als den 17. November, Nachmittags Punkt 5 Uhr.

Eintrittskarten à 1 Rtl. für die Person für sämmtliche 18 Vorträge sind vom 12. d. M. an in den Buchhandlungen der Herren **Max u. Comp.** und **F. Hirt,** so wie bei unserm Kastellan **Glänz** zu erhalten, von welchem auch die **wirklichen Mitglieder** unserer Gesellschaft, die (auf farbige Karten) **für ihre Person freien Eintritt haben,** dieselben in Empfang nehmen können.

Breslau, den 10. November 1850.

Das Präsidium der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Göppert. Ebers. Bartsch. Kahlert. G. Liebich.

Bei **Karl Schmeidler** Buchhandlung in **Breslau,** Schweidnitzer Straße Nr. 46, ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ein Jahr aus dem Leben der Familie Reinhardt und ihrer Nachbarn. Ein Unterhaltungsbuch für die Jugend. Von **Paula Berg.** Mit 4 Kupfern in Tondruck, gezeichnet von Koska. Cartonnirt. 26 Sgr.

Auktions-Anzeige.

Donnerstag den 14. d. M. Vormitt. 9 und Nachm. 2 Uhr sollen in Nr. 3 alte Taschenstraße, diverse Pfand- und Nachlaßsachen, als: Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel, Hausgeräthe, 1 Maschine zur Graupe-Fabrikation, 1 goldene Cylinder-Uhr, einige Gold- und Silbersachen, und eine Partie Bücher theologischen Inhalts, so wie

um 12 Uhr Mauritiusplatz Nr. 3

ein Fuhrmanns-Wagen, gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 11. Novbr. 1850.

Hertel, Kommissions-Rath.

Auktion. Am 13. d. Mts. Vorm. 9 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestraße Möbel, wobei ein Fauteuil, 1 viersitziges Sopha, 1 Solospieltisch ꝛc., Kleidungsstücke, 4 Violinen, 1 Flügelinstrument und Hausgeräthe versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Ein militärfreier Mann, der sich über gründliche Kenntnisse der **amerikanischen Müllerei** jeder Art, sowohl im techn. als kaufmännischen Betriebe durch gute Atteste ausweisen kann, sucht einen Werkführer- oder Rendanten-Posten. Adressen werden erbeten unter der Chiffre **Q. P. poste restante** Breslau.

Die kleinen **engl. Bildchen** in **Oelfarben-Druck** verkaufen wir für 7½ Sgr. Dieselben in einem braunen Rococco-Rahmen, à 22½ Sgr.

F. Karsch, Kunsthandlung.

Mühlen-Verpachtung.

Die große am Neisse-Flusse gelegene, gräflich v. Sierstorpffsche Wasser-Mühle zu Tiefensee, von 3 Mahlgängen und 1 Brettschneide-Mühle, 1 Meile von der Eisenbahn und Kreis-Stadt Grottkau entfernt, soll anderweitig auf 3 Jahre an den Meist- resp. Bestbietenden verpachtet werden.

Hierzu steht Montag den 25. Novber. d. J. Vormittags 10 Uhr ein Termin in der Rent-Amts-Kanzlei in Koppitz an.

Die Bedingungen sind in der hiesigen Rent-Amts-Kanzlei einzusehen; jeder Pachtliebhaber hat vor Abgabe des Gebotes 500 Rtl. Kaution zu erlegen.

Brauerei-Verpachtung.

Montags den 25. Novbr. d. J. Vormittags 10 Uhr wird die hiesige Brauerei öffentlich an den Meist- resp. Bestbietenden verpachtet werden.

Eine Kaution von 200 Rthl. ist mit zur Stelle zu bringen und die Pachtbedingungen sind in der Rent-Amts-Kanzlei einzusehen.

Koppitz, den 1. Novbr. 1850.

Der gräfliche v. Sierstorpffsche Rentmeister

Bruckisch.

Ein unverheiratheter Beamter kann sogleich bei dem Dominium Dürrjentsch eine Anstellung finden; nur persönliche Vorstellung wird berücksichtigt.

Zur **Kirmes** auf heute und morgen ladet ergebenst ein:

Siebeneicher, Gastwirth.

Lilienthal, den 12. November 1850.

Waldschlößchen-Bier

in Gebinden vom halben Eimer auf, empfehlen:

Gebrüder Oppler,

Haupt-Niederlage Ring 8, i. d. 7 Kurfürsten.

Militär-Woylox, Weiße Schlafdecken

in allen Größen, sind immer vorräthig bei

C. A. Hildebrandt,

Blücherplatz Nr. 8.

Perl-Kaffee,

äußerst feinschmeckend, von Herrn Eduard Groß in Breslau, empfiehlt

F. Waguer in Neisse.

Kieler Sprotten

bei

Gebrüder Knaus,

Kränzelmarkt Nr. 1.

Holsteiner Austern bei Gebrüder Friederici.

Holsteiner Austern bei Gustav Scholtz.

Ein schöner moderner Flügel ist Verhältnisse halber, nur für baare Zahlung zu verkaufen: Altbüsserstraße Nr. 47, im 2ten Stock.

Ein gebrauchter Handwagen ist zu verkaufen Rosenthalerstraße Nr. 7.

⁂ Brauchbare Subjekte für Spezeristen, Oekonomen und Hausbesitzer weiset nach der Commissionär Brichta in Breslau, Karlsstr. Nr. 33.

Einige sehr hübsche kleine Hündchen sind bald zu vergeben: Oderstraße Nr. 13, erste Etage.

Ein militärfrommes Reitpferd, fehlerfrei, 7 Jahr alt, braune Stute, 4½" hoch, gut geritten, steht für den Preis von 30 Frd'or. auf dem Dominium Strachwitz, eine Meile von Breslau, zum Verkauf.

Ein hübsches, fehlerfreies, 5 Jahr altes, starkes braunes Reitpferd, ist zu verkaufen Ring 57.

Wohnungs-Gesuch.

Zwei möblirte Zimmer, möglichst mit Kabinet, werden auf unbestimmte Zeit zu miethen gesucht durch **F. W. König,** Albrechtsstraße Nr. 33.

Es wird eine Wohnung von 3 bis 4 möblirten oder auch unmöblirten Zimmern im ersten oder zweiten Stock, am liebsten in der Schweidnitzer Vorstadt gesucht, welche gleich zu beziehen ist. Vermiether wollen sich in der Gartenstraße Nr. 31 par terre melden.

Albrechtsstraße Nr. 20 ist die zweite Etage zu vermiethen.

Zu vermiethen

und Termin Ostern 1851 zu beziehen ist die zweite Etage in meinem Hause Tauenzienplatz Nr. 3 v. Weigel.

Eine freundlich möblirte Stube, gewünschten Falls mit zwei auch drei Betten ist unter soliden Bedingungen zu vermiethen und sofort zu beziehen, Breslau, Breitestraße Nr. 3, erste Etage.

König's Hôtel garni,

Albrechtsstraße Nr. 33, 33, 33,

erweitert, ganz neu und komfortable eingerichtet, empfiehlt sich dem geehrten Reise-Publikum zur geneigten Beachtung.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Gutsbes. v. Schweinichen. Gutsbes. v. Lieres aus Gallowitz. Oberstlieut. Timm aus Berlin Kaufm. Ferdenberg aus Stettin. Hüttenbes. Stobwasser aus Langhammer. Gräfin Kepelstatt und Issenburg aus Berlin. Oberst Nolsen aus Warschau. Graf Ledersdorff a. Wien.

Markt-Preise.

Breslau am 11. November 1850.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	59	56	54	50	Sgr.
Gelber dito	57	55	53	50	„
Roggen . . .	42	41	39	36	„
Gerste . . .	28	26	25	24	„
Hafer . . .	24	22	21	20	„
Rothe Kleesaat	12½	11⅔	11	9—10	Rtl.
Weiße Kleesaat	12½	12	10½	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7⅙ Rtl. Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl wie letzt gemeldet. In Zink bleibt es ganz ruhig, ein Mal sind die Berichte aus Hamburg flauer, und dann ist die jetzige Zeit der Spekulation nicht günstig, daher wir genaue Preise nicht angeben können. Es wurden zwar ab Gleiwitz 1000 Ctnr. à 4¼ Rtl. und 1000 Ctnr. à 4 Rtl. 8¼ Sgr. am Sonnabend begeben, was aber durchaus keinen Maßstab für das künftige Geschäft abgeben kann.

9. u. 10. Novbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"7,64'''	27"9,38'''	27"9,39'''
Thermometer	+ 4,2	+ 2,8	+ 4,4
Windrichtung	W	NW	NW
Luftkreis	trübe	trübe	trübe

10. u. 11. Novbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"7,13'''	27"6,08'''	27"5,65'''
Thermometer	+ 7,2	+ 6,8	+ 8,0
Windrichtung	WNW	NW	NW
Luftkreis	bedeckt	bed. Reg.	bedeckt

Börsenberichte.

Breslau, 11. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96 Gld. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd or — — Louisd'or 112¼ Gld. Polnisch Courant 92 Gld. Oesterreichische Banknoten 74½ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 105 Gld. Freiwillige preuß. Anleihe — — Neue Staats-Anleihe 4½ % — — Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 74½ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % — — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % — — neue 3½ % 87 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 91½ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % — — Litt. B. 4 % — — 3½ % — — Alte polnische Pfandbriefe — — neue — — Polnische Schatz-Obligationen — — Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 70 Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 99½ Br., Litt. B. — — Krakau-Oberschlesische 57 Br. Niederschlesisch-Märkische 74 Br., Priorität 5 % — — Serie III. — — Neisse-Brieger — — Köln-Mindener — — Priorität — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 29½ Br.. — Geld- und Fonds-Course. Amsterdam 2 Monat 142 Gl. Berlin 2 Monat 99⅚ Gl., k. Sicht 100½ Br. Hamburg 2 Monat 150¼ Br., k. Sicht 151¼ Br. London 3 Monat 6 22½ Br. Paris 2 Monat — —

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.